



GEW

E & W

Erziehung & Wissenschaft extra
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

EXTRA

fair childhood

GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

www.fair-childhood.eu



Foto: DGB/Franka Bruns

MICHAEL SOMMER

Bildung ist ein Menschenrecht!

Mancher meint, Gewerkschaften hätten mit dem globalen Phänomen der Kinderarbeit nichts zu tun, weil sie sich ja hauptsächlich um die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen ihrer erwachsenen Mitglieder kümmern. Der Kampf gegen diese skandalöse Form der Ausbeutung von Kindern sollte lieber Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und den Vereinten Nationen überlassen werden. Beiden Aussagen widerspreche ich energisch.

Gewerkschaften kämpfen weltweit gegen Kinderarbeit, weil sie nicht mit unserem Postulat menschenwürdiger Arbeit zu vereinbaren ist. Ausgerechnet die Schwächsten und Schutzlosesten einer Gesellschaft werden unter die brutalen Verwertungsmechanismen des globalisierten Kapitalismus gezwungen.

Kleine, flinke Hände produzieren für Hungerlöhne im armen Süden die Waren, die wir im reichen Norden – sehr oft ohne nachzudenken – konsumieren. Die Zahlen sind erschütternd: Weltweit gehen mehr als 200 Millionen Kinder nicht in die Schule, sondern nähren Fußbälle, arbeiten im Bergbau oder dienen als kleine Arbeitssklaven in reichen Haushalten.

Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) fordert deshalb, dass die Übereinkommen 138 und 182 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die Kinderarbeit verbieten, ohne Wenn und Aber umgesetzt werden. Der IGB weist außerdem auf einen wichtigen Zusammenhang hin: Wo erwachsene Beschäftigte eine ordentlich bezahlte, dauerhafte Beschäftigung haben und der Staat einen sozialen Basisschutz gegen die Risiken des Lebens sicherstellt, dort geht die Zahl arbeitender Kinder zurück. Das heißt, unser Kampf für menschenwürdige Arbeit für junge und erwachsene Menschen verbessert auch das Los der Kinder. Raus aus der Fabrik und rein in die Schulen, die Bildungseinrichtungen heißt das Ziel, das wir in Ländern wie Pakistan, Bangladesch oder Kenia für die Kinder erreichen wollen.

Mit dem Internationalen Programm zur Eliminierung von Kinderarbeit (IPEC) hat sich die ILO ein ehrgeiziges Ziel gesetzt:

Bis 2016 sollen die schlimmsten Formen der Kinderarbeit auf der ganzen Welt beseitigt sein.

Der IGB und seine nationalen Mitgliedsorganisationen unterstützen dieses Programm und fordern, scharf gegen Regierungen und Unternehmen vorzugehen, die Kinderarbeit zulassen. Wir wollen aber auch, dass Regierungen, die in ihrem Land spezielle Programme gegen Kinderarbeit initiieren, mit Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit gefördert werden.

Weltweite Kampagnen des IGB und der Brancheninternationalen brandmarken die wirtschaftlichen Profiteure von Kinderarbeit und stellen sie an den öffentlichen Pranger. Wir wollen, dass Produkte, die von Kinderhand geschaffen wurden, aus den Regalen der Geschäfte verschwinden. Die Verbraucher in den reichen Ländern der Nordhalbkugel sind dabei eine wichtige politische Macht.

Kinder- und Sklavenarbeit abzuschaffen gehört für die internationale Gewerkschaftsbewegung zu den grundlegenden Prinzipien in der Arbeitswelt. Es ist ein Menschenrecht, dass jedes Kind auf dieser Welt frei von materieller Not und Hunger aufwachsen kann sowie die Bildung und Ausbildung bekommt, die seinen Neigungen und Fähigkeiten entspricht. Dafür haben Gewerkschaften im alten Europa mehr als hundert Jahre gekämpft. Was für uns heute eine Selbstverständlichkeit ist, muss leider in vielen Ländern dieser Erde noch durchgesetzt werden. Eine globale Allianz von Gewerkschaften, Menschenrechtsaktivisten, NGOs sowie fortschrittlichen Regierungen arbeitet zusammen, um die Welt von der Geißel der Kinderarbeit zu befreien. Ob das bis 2016 zu schaffen ist, wie die ILO fordert? Wir werden alles dafür tun, was in unserer Macht steht.

Michael Sommer,
Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)
und Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB)



Foto: Benjamin Pütter/AGEH/MISEREOR

Inhalt

Kommentar Michael Sommer	Seite 2
Die GEW-Stiftung „Fair Childhood“	Seite 4
Vom Landarbeiter bis zur Dienstbotin	Seite 6
215 Millionen Jungen und Mädchen arbeiten	Seite 9
Kinderarbeit in Steinbrüchen, Teppichwerkstätten und auf Müllhalden ...	Seite 10
Wie aus „Arbeitstieren“ Kinder werden	Seite 14
Kinderarbeit verursacht Armut	Seite 16
Schule statt Steinbruch ...	Seite 18
In Stein gehauenes Leben	Seite 20
Grabsteine aus Kinderhand	Seite 22
Rechte der Frauen und Kinder stärken	Seite 24
Rackern für die Kaffeebohne	Seite 25
Arbeit vor Schule	Seite 28
Schokolade mit bitterem Beigeschmack	Seite 30
Garantiert kinderarbeitsfrei!?	Seite 32
Alles Schoko – oder was?	Seite 34
Lehrkräfte sind wichtige Multiplikatoren	Seite 36
Spendenaufruf	Seite 38
GEW-Adressen	Seite 39

IMPRESSUM

E&W Extra: „Fair Childhood“

Herausgeber:
 Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
 Hauptvorstand
 Ulf Rödde
 Postfach 900409
 60444 Frankfurt am Main
 Telefon (069) 78973-0
 Telefax (069) 78973-103
 info@gew.de
 www.gew.de

Redaktion: Ulf Rödde
 Postanschrift der Redaktion: Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M.,

Gestaltung:
 Werbeagentur Zimmermann, Hedderheimer Landstraße 144, 60439 Frankfurt

Oktober 2012



ISSN 0342-0671

E&W extra wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Altpapier gedruckt.



Kindheit und Zukunft



Das Bildungs- und Förderungswerk der GEW unterstützt die Stiftung „Fair Childhood“.

Fair Childhood

ist eine Stiftung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), der Bildungsgewerkschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Sie wurde mit Unterstützung des Bildungs- und Förderungswerks (BFW) ins Leben gerufen. Zentrales Credo der GEW ist das Recht auf Bildung für alle Kinder. Diesem Anspruch stehen jedoch viele Hindernisse entgegen. Hierzu zählt u. a. die bis heute weltweit verbreitete Kinderarbeit. Noch immer werden Millionen Kinder unter z. T. brutalen Bedingungen ausgebeutet und können keine Schule besuchen. Nach Zahlen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf mussten 2011

- über 200 Millionen Kinder im Alter zwischen fünf und 15 Jahren arbeiten,
- über die Hälfte von ihnen in Sklaverei und Lohnknechtschaft, häufig unter gesundheitsschädigenden und lebensgefährlichen Bedingungen.

Deshalb hat sich Fair Childhood die Aufgabe gestellt, mitzuhelfen, das Verbot von Kinderarbeit durchzusetzen und dem Recht auf Bildung Geltung zu verschaffen (www.fair-childhood.eu).

Fair Childhood versteht sich als „Operative Förderstiftung“. In Deutschland

unterstützt sie die Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit der GEW gegen Kinderarbeit – für Bildung. Insbesondere in Entwicklungs- und Schwellenländern sucht sie gezielt Förderprojekte und (gewerkschaftliche) Kooperationspartner, die eine erfolgreiche und nachhaltige Umsetzung des Stiftungszwecks versprechen. Dabei wird Wert darauf gelegt, dass das Bildungsangebot – unter den gegebenen örtlichen Verhältnissen – angemessenen Standards entspricht.



Foto: zplusz

Kinderarbeitsfreie Zonen

Nach dem Selbstverständnis der Stiftung verfolgt Entwicklungspolitik stets das Ziel, nachhaltige Veränderungen zu bewirken. An diesem Maßstab richten sich die Kriterien aus, nach denen die Stiftung entscheidet, welche Projekte sie unterstützt.

Fair Childhood setzt deshalb auf regional begrenzte, basisorientierte Projektansätze. Ausgehend von den sozialen, ökonomischen und kulturellen Verhältnissen vor Ort müssen die Eltern, die Familien, die Kinder und die soziale Gemeinschaft für das Ziel „Bildung statt Kinderarbeit“ gewonnen werden. Auf dieser Grundlage können in der betrof-

fenen Region „kinderarbeitsfreie Zonen“ entstehen, in denen Kinderarbeit geächtet und Bildung gefördert wird. Dabei gehen wir zunächst von einer schulischen Grundbildung aus, wie sie die UN-Millenniumsziele anstreben. Nüchtern müssen wir allerdings sehen: Schulbildung alleine verändert nicht automatisch das Leben der Kinder. Sie ist ein wichtiger, aber auch nur ein erster Schritt. Erst wenn die Kinder und jungen Menschen mit dieser Schulbildung ihr Leben verändern, ihre und die Existenz ihrer Familien sichern können, ist etwas erreicht. Mittel- und langfristig müssen wir deshalb weiterdenken. Die Schulbildung muss den Einstieg in eine berufliche Qualifikation und Perspektive ermöglichen.

Die operative Förderstiftung Fair Childhood setzt sich deshalb zum Ziel, die Beziehung zwischen **Kinderarbeit, Bildung, Beruf und Einkommen** zum Orientierungsrahmen für ihre Förderprojekte zu machen. Für diese Arbeit sucht die Stiftung engagierte Partner.

Unsere Projekte

Schule für Baumwollmädchen

Im südindischen Distrikt Kurnool, gut 200 Kilometer südlich der Technologie-Metropole Hyderabad, gibt es viele Baumwollplantagen. Hier arbeiten tausende Mädchen unter unmenschlichen Bedingungen: über 40 Grad Hitze, elf Stunden pro Tag für 70 Cent.

Dabei sind sie gefährlichen Pestiziden ausgesetzt. Viele leiden unter Kopf- und Magenschmerzen, Schwindel, Augen- und Hautreizungen.

Gemeinsam mit der indischen MV Foundation (www.mvfindia.in) holt Fair Childhood diese Kinder von den Baumwollfeldern und bringt sie in die Schule. Dafür ist Vertrauens- und Überzeugungsarbeit zu leisten. Eltern, Dorfgemeinschaften und Farmer müssen überzeugt werden, dass diese Kinder ein Recht auf Bildung haben. Die Kinder müssen gewonnen und neugierig auf die Schule gemacht werden.

Mit einem erprobten regionalen, basisorientierten Ansatz wird in dieser Region in drei Jahren eine „kinderarbeitsfreie Zone“ entstanden sein.

Schule für Steinbruchkinder

In Rajasthan, einem armen Bundesstaat südlich von Delhi, leben die Menschen in vielen Regionen von der Natursteingewinnung. Eine dieser Regionen ist der Bundi-Distrikt, ca. 200 Kilometer südlich der Landeshauptstadt Jaipur.

Hier haben sich viele Wanderarbeiter mit ihren Familien und Kindern angesiedelt, meist Dalits, Unberührbare. Ihre Kinder sind in den Schulen der angrenzenden Dörfer nicht willkommen. Vielfach verweigern die Behörden diesen Kindern mit fadenscheinigen Argumenten den Schulbesuch. Trotz Verbots vor über 60 Jahren lebt die Kastengesellschaft weiter. Die Folge: Es gibt ein ernstes Dropout-Problem und viele Kinder, die die Schule gar nicht besuchen, sondern mit den Eltern in den Steinbrüchen arbeiten.

Für die Kinder dieser Wanderarbeiter baut Fair Childhood gemeinsam mit der indischen Hilfsorganisation SEVA (www.trustseva.org) eine eigene Schule. An diesem Projekt werden 500 Familien beteiligt sein. Die Schule wird von den Steinbrucharbeitern selbst gebaut.

Mit Unterstützung örtlicher Gewerkschaften wird die staatliche Übernahme der Schule am Ende der Projektlaufzeit vorbereitet.

Der deutsche Verein Xertifix (www.xertifix.de), Vorsitzende ist die stellv. DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock, wird Fair Childhood bei der Betreuung und Begleitung des Projektes unterstützen.

Überzeugungsarbeit für Kinderrechte

Es geht um das Schicksal von 4453 Kindern aus benachteiligten Kasten. Sie leben mit ihren Familien in sieben Dörfern des Mahanpur-Kreises in Westbengalen. Ein Gebiet, in dem sehr traditionelle Lebenseinstellungen vorherrschen. Die Verletzung von Kinderrechten durch mangelnden Zugang zur Bildung, Kinderehe, Zwangsarbeit und die systematische Benachteiligung von Mädchen und Frauen ist noch immer an der Tagesordnung.

Hier setzt das Projekt an, das wir gemeinsam mit der Karl Kübel Stiftung in Bensheim (www.kkstiftung.de)

und der indischen Hilfsorganisation



NISHTHA (www.nishthasisterhood.org), mit



Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), initiiert haben. In gut drei Jahren soll es für alle Kinder dieser Region – durch intensive Projektarbeit in Zusammenarbeit mit den Eltern und den Entscheidungsträgern der Dörfer – eine nachhaltige wirtschaftliche und pädagogische Alternative zur Kinderarbeit geben.

Education For All

Auch in Indien gibt es ein Recht auf Bildung. 2009 wurde die „Right of Children to Free and Compulsory Education Act“



beschlossen. Doch vielerorts besteht dieses Recht nur auf dem Papier.

Deshalb hat die National Coalition for Education (NCE) India – ein Netzwerk politischer und gewerkschaftlicher Bildungsorganisationen – eine PR-Kampagne beschlossen. Mit einer Serie öffentlicher Anhörungen will sie den Rechtsanspruch auf Bildung vor allem auch in bildungsferne Regionen tragen. Ziele sind: die Zahl der Einschulungen zu erhöhen und die Dropout-Quote zu senken; das Wissen und das Bewusstsein zu verbreiten, dass es einen Rechtsanspruch auf qualifizierte Bildung gibt; die Menschen zu stärken, diesen Anspruch einzufordern.

Fair Childhood unterstützt diese Kampagne.

Helfen Sie mit

Unterstützen Sie die Projekte von Fair Childhood mit einer Spende. Kleine Beträge erzielen eine große Wirkung. Weitere Infos zu Fair Childhood und unseren aktuellen Projekten unter: www.fair-childhood.eu

Fair Childhood-Vorstand:

Ulrich Thöne, Steffen Welzel, Hildegard Klenk

Spendenkonto:

Fair Childhood ist eine gemeinnützige Stiftung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 700 205 00
Konto-Nr. 9 840 000



Foto: Benjamin Pütter/MISEREOR



Kinderarbeit in einer Ziegelei auf Hatia Island in Bangladesch

Vom Landarbeiter bis zur Dienstbotin

// Warum und unter welchen Bedingungen Mädchen und Jungen arbeiten //

Kinderarbeit ist ein sehr komplexes Problem. Die Frage nach Ursachen, Auswirkungen und Auswegen führt von Land zu Land und selbst im Vergleich zwischen Regionen zu unterschiedlichen Antworten. Zugleich zeigen sich aber auch Gemeinsamkeiten. Eine davon: Durch die zunehmende Globalisierung werden Produkte, an deren Herstellung Kinder beteiligt waren, auch in vielen deutschen Geschäften angeboten.

Wie sieht die Realität der Kinderarbeit aus? Fakt ist: Zumindest ein Teil der arbeitenden Kinder verrichtet schwere Tätigkeiten (s. Kasten Seite 7), die teilweise zwangsläufig zu dauerhaften gesundheitlichen Schäden führen. Dies gilt für schuftende Kinder auf den Kakaoplantagen Westafrikas ebenso wie für diejenigen in den Steinbrüchen Indiens oder die, die in den Goldminen im Osten der Demokratischen Republik Kongo unter schlimmsten Bedingungen malochen müssen. Ebenfalls weit verbreitet ist der Einsatz von Kindern bei sehr monotonen Arbeiten, etwa in den

Teppichknüpfereien Indiens oder auf den Baumwollfeldern Westafrikas.

Unterschiedliche Facetten

Dies widerlegt das oft gebrauchte Argument, Kinder erhielten über die Arbeit zumindest eine Ausbildung und könnten so später ihren Lebensunterhalt besser bestreiten. Zwar gibt es Arbeitsstätten, an denen durchaus sinnvolle und nützliche Tätigkeiten und Fertigkeiten erlernt werden können. Aber: Hat dies nicht Zeit bis nach zumindest einem ersten Schulabschluss? Müssen Kinder schon mit acht oder zehn Jahren arbeiten?

Zudem wird häufig ignoriert, dass zahlreiche Kinder für Tätigkeiten eingesetzt werden, für die weder ein Anlernen noch eine Ausbildung erforderlich ist. Es gibt ein ganzes Bündel Gründe, warum Kinder arbeiten: Ein Teil lebt alleine auf der Straße und hätte sonst keine andere Überlebenschance. Eine Realität, die in vielen Großstädten der Entwicklungsländer zu beobachten ist. Doch das ist, wie die Zahlen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) belegen, eher die Ausnahme. Der typische Arbeitsplatz Heranwachsender ist der elterliche, meist landwirtschaftliche, Betrieb. Unterschiedliche Facetten der Kinderarbeit zeigen sich beispielsweise in Indien, dem Land mit der größten Zahl arbeitender Kinder. Umfragen haben schon vor mehr als zehn Jahren gezeigt, dass nahezu alle indischen Eltern ihre Kinder in die Schule schicken wollen, um ihnen eine bessere Zukunft zu ermöglichen. Diesem Wunsch stehen jedoch viele Hindernisse entgegen. Eine Hürde ist der Teufelskreis der Kinderarbeit selbst: Aus armen arbeitenden Kindern werden Erwachsene ohne Bildung (schancen). Diese leben häufig wieder in Armut und schicken nun ihre Kinder auf die Felder und in die Haushalte.

Bildung der Mutter zählt

Um diese Mauern zu durchbrechen, ist es vor allem wichtig, dass Mädchen und Frauen Schulbildung erhalten. In Familien, in denen die Mutter lesen kann, gingen laut einer Umfrage aus dem Jahr 2000 93,7 Prozent der fünf- bis 14-jährigen Kinder zur Schule. Konnten beide Elternteile weder lesen noch schreiben, waren es dagegen lediglich 28,1 Prozent. Eine weitere Beobachtung widerlegt das häufig angeführte Argument, Armut sei der Hauptgrund für Kinderarbeit. Zwar geht z. B. in Indien die Hälfte der Kinder aus den ärmsten Familien nicht zur Schule. Indische Nichtregierungsorganisationen weisen jedoch darauf hin, dass immerhin die Hälfte aller Kinder aus den ärmsten Familien eine Schule besucht. Wenn diese es schaffen, ihre Kinder trotz Armut zur Schule zu schicken, stellt sich die Frage: Wie kann der Schulbesuch auch für die andere Hälfte organisiert werden? Eine mögliche Antwort ist im Bildungssystem und auf dem

Arbeitsmarkt der Entwicklungsländer zu suchen. In einigen Regionen Indiens etwa ist das Schulsystem qualitativ so schlecht, dass viele Eltern keinen Sinn darin sehen, Geld für die Ausbildung der Kinder auszugeben. In anderen Regionen ist die Arbeitslosigkeit extrem hoch. Einige Arbeitgeber nutzen zudem die Not der Menschen aus und stellen gezielt schlecht bezahlte Kinder ein, um die Löhne der Erwachsenen zu drücken. Millionenfach erhalten Erwachsene so wenig Lohn, dass sie gezwungen sind, ihren Nachwuchs mitarbeiten zu lassen, um überleben zu können.

Bei der Ursachenforschung für Kinderarbeit stößt man auch auf Traditionen und Diskriminierungen: Es gibt überall benachteiligte soziale Gruppen, in Indien sind dies vor allem Dalits („Unberührbare“) und Adivasi (Ureinwohner). Deren Kinder besuchen oft keine Schule, weil sie im Alltagsleben und selbst in vielen Schulen systematisch diskriminiert werden. Sie befürchten, auch mit einem Bildungsabschluss nie Zugang zu attraktiven Arbeitsplätzen zu bekommen. Ein erheblicher Teil arbeitender Kinder, darunter viele aus Dalit- und Adivasifamilien, trägt mit dem Erwerb auch Schulden der Familie ab.

Stark benachteiligt sind Wanderarbeiter, die häufig aus sozial diskriminierten Gruppen stammen und ihre armen Heimatregionen auf der Suche nach einer Beschäftigung verlassen haben. Auch hier sind Kinder und Erwachsene in einem Teufelskreis gefangen: Ganze Bundesstaaten Indiens fallen ökonomisch, verglichen mit dem Rest des Landes, immer weiter zurück. Ihr Bildungssystem ist schlecht, die Unternehmen investieren mangels qualifizierter Arbeitskräfte nicht in diesen Regionen. Hier kommen viele Millionen Wanderarbeiter her, die sich unmittelbar neben ihren Arbeitsstellen – etwa wirtschaftlichen Betrieben, Minen oder Fabriken – mit ihren Familien niederlassen. Um sie kümmert sich niemand. Staatliche Garantien eines Rechts auf Bildung greifen vielerorts nicht einmal so weit, dass zumindest Schulen zur Verfügung gestellt werden. Ohne Schulen und mit oft äußerst niedrigen Einkommen bleibt vielen Wanderarbeitern kaum eine andere Wahl, als ihre Töchter und Söhne

Wo Kinder arbeiten

Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) erhält von den arbeitenden Kindern nur eines von fünf (21,4 Prozent) Lohn. Sehr viele (67,5 Prozent) verrichten Tätigkeiten in der eigenen Familie, einige sind selbstständig (fünf Prozent), bei anderen (sechs Prozent) ist der Status nicht bekannt. Auch innerhalb der Branchen, die Kinder beschäftigen, gibt es eine klare Rangfolge: Mit weitem Abstand steht an erster Stelle die Landwirtschaft (60 Prozent), gefolgt vom Dienstleistungsbereich (25,6 Prozent) und der Industrie (sieben Prozent).

arbeiten zu lassen.

Die am Beispiel Indien aufgezeigten Probleme der Kinderarbeit sind auch in anderen Ländern zu beobachten. Wenn beispielsweise in der Elfenbeinküste die nächste Schule viele Kilometer vom Dorf entfernt ist und zugleich die Hälfte der Kinder nach Abschluss der sechsten Klasse nicht einmal einfachste Sätze schreiben kann, warum sollten, fragen sich die Eltern, während der Kakaopflanzzeit „teure“ Saisonkräfte eingestellt werden, statt sich der Töchter und Söhne zu bedienen?

Schlechtere Bildungschancen

Viele Studien belegen, dass arbeitende Kinder wesentlich schlechtere Bildungschancen haben als ihre nicht arbeitenden Altersgenossen. Die Schulergebnisse werden umso schlechter, je länger die Arbeitszeiten sind. Besonders betroffen sind Mädchen, die neben der Arbeit auf den Feldern oder in Betrieben zusätzlich in Haushalten mitarbeiten.

Auf dem Land wird die Situation häufig durch eine miserable Infrastruktur des Bildungswesens verschärft. Lange Schulwege lassen sich nur selten mit den Arbeitszeiten der Mädchen und Jungen vereinbaren. Bereits erprobte Maßnahmen wie die Abschaffung der Schulgebühren oder auch Geldtransfers an Familien, verbunden mit der Auflage, damit den Schulbesuch oder Schulspeisungen zu finanzieren, tragen dagegen

ILO-Definition von Kinderarbeit

Als Grundlage der Einordnung, ab wann die Arbeit von Kindern nicht mehr zulässig ist, dienen in der Regel die entsprechenden Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organisation, ILO), einer Unterorganisation der Vereinten Nationen. Das 1973 verabschiedete „Übereinkommen 138 über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung“ gilt sowohl für bezahlte als auch für unbezahlte Kinderarbeit. Leitgedanke bei der Festlegung des erlaubten Arbeitsalters ist die Überzeugung, dass Kinder bis zum 14. Lebensjahr eine Schule besuchen sollen.

Das Übereinkommen

- verbietet generell die Beschäftigung von Kindern, die jünger als 13 Jahre sind;
- erlaubt unter bestimmten Bedingungen leichte Arbeit für 13- bis 15-Jährige. In Entwicklungsländern kann dies schon für Zwölfjährige gelten. Als „leicht“ gilt eine Arbeit, wenn diese einen geregelten Schulbesuch nicht behindert und weder für die Gesundheit noch die Entwicklung schädlich ist;
- verlangt als Mindestalter für eine Vollzeitbeschäftigung 15 Jahre, wobei Entwicklungsländer auch 14 Jahre als Mindestalter gesetzlich festsetzen können;
- verbietet auch für 15- bis 18-Jährige alle Arbeiten, die für die Gesundheit, Sicherheit oder Moral der Jugendlichen gefährlich sein könnten.

Es gibt Kernbereiche, in denen keine Ausnahmen vom Verbot der Kinderarbeit erlaubt sind. Dies gilt beispielsweise für Beschäftigungen, die den Umgang mit gefährlichen Stoffen erfordern. Bis Mai 2010 haben 155 der 183 ILO-Mitgliedsstaaten das Übereinkommen unterzeichnet.

Aufgrund der zögerlichen Mitarbeit der ILO-Staaten folgte 1999 als Ergänzung des 138er-Papiers das „Übereinkommen 182 über das Verbot und über unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit“. Dieses fordert ein sofortiges Ende

- von Sklaverei, sklavereiähnlicher Zwangsarbeit und Zwangsrekrutierung von Kindern als Soldaten;
- von Kinderprostitution und Produktion von Kinderpornografie;
- des Einsatzes von Kindern in illegalen Bereichen (z. B. Drogenhandel);
- von Arbeit, die der Gesundheit, Sicherheit oder Moral schadet.

Bis Mai 2010 haben 171 der 183 ILO-Staaten das Regelwerk unterzeichnet.

direkt zur Verbesserung der Situation der Heranwachsenden bei.

In dem Zusammenhang fällt auf, dass sowohl die Regierungen vieler afrikanischer Staaten als auch die Indiens, Bangladeschs oder Pakistans gemessen am Staatshaushalt wenig Geld für Bildung ausgeben. Das sind aber genau die Länder, in denen zur Zeit besonders viele Kinder arbeiten und dies auch künftig tun werden.

Nach derzeitigen Prognosen werden auch 2015 noch mindestens 56 Millionen Kinder im schulpflichtigen Alter nicht lesen, schreiben und rechnen lernen.

Auswege

Kinderarbeit ein Ende zu setzen, ist dennoch möglich. Das zeigt ein Blick in die Geschichte: Vor rund 150 Jahren war es auch in Deutschland üblich, dass Kinder arbeiteten. Unser heutiger Wohlstand beruht aber unter anderem darauf, dass Kinderarbeit erfolgreich bekämpft wurde und die Weichen für ein gutes Bildungssystem gestellt worden sind. Dass eine enge Verzahnung von Sozial- und

Bildungspolitik, verbunden mit einer breiten gesellschaftlichen Mobilisierung, große Fortschritte bringen kann, zeigt auch der indische Bundesstaat Kerala. Hier besuchen nahezu alle Kinder eine Schule – und dies seit Jahrzehnten. Die massive Verringerung des Anteils arbeitender Kinder in Verbindung mit besseren Bildungschancen hat dem Bundesstaat mehr Wohlstand gebracht. Andere Regionen Indiens und die Regierungen vieler Staaten haben begonnen, ähnliche Wege einzuschlagen. Da der größte Teil der Kinder für den heimischen Markt arbeitet, müssen die Regierungen, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen unterstützt werden, die die Lage der Kinder vor Ort verbessern wollen. In Anbetracht der rund 220 Millionen arbeitenden Kinder bleibt aber noch viel zu tun. Als Verbraucher sollte man sich bewusst machen: Deutsche Unternehmen sind mitverantwortlich für Kinderarbeit, wenn sie etwa beim Einkauf die Preise so weit drücken, dass die Beschäftigten auf den Feldern und in den Fabriken mit

ihren Einkommen ihre Familien nicht ernähren können. Wer jedoch zumindest grundlegende Sozial- und Umweltstandards in der Güterproduktion sicherstellen will, muss auch bereit sein, die Waren entsprechend zu bezahlen.

Friedel Hütz-Adams,
wissenschaftlicher Mitarbeiter SÜDWIND e. V. –
Institut für Ökonomie und Ökumene

Literatur:

Allais, Federico Blanco/Hagemann, Frank 2008: Child labour and education: Evidence from SIMPOC surveys. Working Paper, Geneva June 2008.
ILO (International Labour Organisation) 2010: Accelerating action against child labour. Report of the Director-General – Global Report under the follow-up to the ILO Declaration on Fundamental Principles and Rights at Work. International Labour conference, 99th Session 2010.

215 Millionen Jungen und Mädchen arbeiten

// Weltwirtschaftskrise verschärft Problemdruck //

Die Weltwirtschaftskrise wirkt sich auch auf Kinderarbeit aus. Wachsende Armut erhöht die Zahl zur Arbeit gezwungener Jungen und Mädchen. Vielen bleibt ein Schulbesuch und damit das Recht auf Bildung verwehrt. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) versucht gegen Kinderarbeit vorzugehen.

Den Unterschied zwischen ausbeuterischer Kinderarbeit und einem Nebenjob, der das Taschengeld aufbessert, definieren die Konventionen der ILO aus dem Jahr 1973. Im „Übereinkommen 138 über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung“ sind Alter und Tätigkeit der Kinder als die Kriterien beschrieben, nach denen die Arbeit von Mädchen und Jungen bewertet und eingestuft wird. Das „Übereinkommen 182 über das Verbot und über unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit“ von 1999 ergänzt das 138er-Schriftwerk.

Weltweit arbeiten nach aktuellen Schätzungen der ILO 215 Millionen Jungen und Mädchen. 70 Millionen sind noch nicht einmal zehn Jahre alt, 115 Millionen Kinder und Jugendliche arbeiten in einem „gefährlichen“ Beschäftigungsverhältnis. Jedes dritte Kind stammt aus Afrika, jedes fünfte aus Asien. Genaue Zahlen existieren nicht, da einige Länder ihre Daten unter Verschluss halten, zum Beispiel China.

Statistisch hält sich der Anteil von Jungen und Mädchen, die zur Arbeit gezwungen sind, die Waage. Ein erkennbarer Unterschied entsteht erst in der Altersgruppe der 14- bis 17-Jährigen. Hier verlagert sich das Verhältnis leicht in Richtung der Jungen (60 Prozent).

Nach Angaben der ILO ging die Kinderarbeit in den Jahren 2004 bis 2008 um drei Prozent zurück. Diese Entwicklung hält aber nicht an. Die Weltwirtschaftskrise lässt die Armut weiter steigen, da-

mit nimmt auch die Zahl der arbeitenden Kinder zu.

Die Folgen der Weltwirtschaftskrise für die Kinderarbeit betreffen auch die Millenniumsziele der UN. Das Ziel, dass weltweit alle Kinder bis 2015 zumindest eine Grundbildung erhalten, wird durch mehr Armut noch schwieriger zu erreichen sein. Fast die Hälfte der arbeitenden Jungen und Mädchen haben keine Möglichkeit, eine Schule zu besuchen.

Philip Jäger,
Student

Welttag gegen Kinderarbeit

Seit 2002 findet jedes Jahr am 12. Juni der Welttag gegen Kinderarbeit statt. Von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) eingeführt, soll er an das Ziel der Konvention 182 erinnern, bis 2015 die schlimmsten Folgen der Kinderarbeit zu beseitigen. 60 Länder beteiligen sich mit unterschiedlichen Aktionen an diesem Welttag.

Mehr Informationen unter:
www.ilo.org



Foto: zplusz

Bis 2015 sollen alle Kinder zumindest eine Grundbildung erhalten. Das UN-Millenniumsziel ist kaum noch zu erreichen.

Steinbrüche, Teppichwe

// ... Arbeitsplätze von Kindern in Asien und Südamerika //

Mädchen und Jungen, die auf indischen Straßen Opium verkaufen, Jugendliche, die an schweren Schlagbohrern malochen und beim Hantieren mit Sprengsätzen riskieren, die Hand zu verlieren, Mädchen, die sich in der Teppichproduktion als Knüpferrinnen die Finger wund arbeiten, Jugendliche, die sich in der Zigarettenindustrie das Zubrot für die Familie verdienen oder als Müllsammler unterwegs sind, um zu überleben – Facetten von Kinderarbeit, die gestoppt werden muss.



Kyberpass im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet: Kinder arbeiten als Opiumverkäufer.

Indien: Eine Neunjährige, die nicht in die Schule gehen darf, knüpft einen Teppich für den Export.



Fotos: Benjamin Pitter AGEH/MISEROCOR

rkstätten, Müllhalden ...



Südinien, Bundesstaat Tamil Nadu: Hier werden 20-Tonnen-Blöcke abgesprengt, die auch für Grabsteine in Deutschland verwendet werden.



Uttar Pradesh, bevölkerungsreichster Bundesstaat Indiens: Kinder sammeln Müll, um zu überleben.



Indien: Zigarettenproduktion – die Kinder bekommen Lungenkrebs, ohne jemals geraucht zu haben.



Brasilien: Ein Junge verdient sich als Schuhputzer seinen Lebensunterhalt.

Foto: imago



Pakistan: Ein Junge produziert „surgical instruments“: Pinzetten und Scheren, die an Bahnhöfen in Deutschland verkauft werden.



Peru: Ein Kind ackert mit schwerer Harke bei der Feldarbeit.

Foto: imago

Wie aus „Arbeitstieren“

// Kinderarbeit ist in vielen Ländern verboten. Dennoch gibt es sie bis heute millionenfach. Sie ist ein Verbrechen und zudem eine Ursache für Armut, weil sie zur Verschärfung des Lohndumpings beiträgt. Die GEW-Stiftung „Fair Childhood“ hat Anfang 2012 den Startschuss für ihr erstes Projekt in Indien gegeben. //

Im April 2011 hat die GEW die Stiftung „Fair Childhood“ gegründet. Mit ihrer

Hilfe hat sie die Initiative „Bildung statt Kinderarbeit“ gestartet. Die GEW will damit einen Beitrag leisten, dem Millenniumsziel „Bildung für alle Kinder bis 2015“ ein Stück näher zu kommen. In acht Monaten haben Mitglieder, Kreis- und Landesverbände so viel Geld gespendet, dass das erste Förderprojekt von „Fair Childhood“ starten konnte. In drei Jahren wird in einer Baumwollregion im Süden Indiens eine „kinderarbeitsfreie Zone“ entstehen. 3000 Kinder, überwiegend Mädchen, müssen

dann nicht mehr auf den Plantagen schuften, sondern können die Schule besuchen. Das Leben in den beteiligten Dörfern wird sich verändern. Die Projektregion, das Dornipadu-Mandal (mandal = Dorfgemeinschaft), liegt im Süden des Bundesstaates Andhra Pradesh. Sie gehört zum Distrikt von Kurunool, eine Stadt mit 425 000 Einwohnern. Die Projektregion umfasst elf Dörfer mit etwa 25 000 Einwohnern, davon zirka 6000 Kinder. Der Alphabetisierungsgrad liegt unter 50 Prozent.



Foto: Ulrich Meinecke

Wichtig für die Kinder und die Familien: Zum Schulbesuch gehört auch eine warme Mahlzeit pro Tag.

Kinder werden

Man baut dort Reis und Mais an und züchtet Baumwollsaamen. Die Baumwollproduktion gehört zu den wichtigsten Einnahmequellen der Region. Hier sind auch die meisten Kinderarbeiter eingesetzt, überwiegend Mädchen. Die Zucht von Baumwollsaamen gehört zu den arbeitsintensivsten Tätigkeiten. Hier malochen die Mädchen elf Stunden am Tag, von morgens sechs bis abends 19 Uhr, bei sengender Hitze. Dafür bekommen sie etwa 70 Cent pro Tag. Ihr Essen müssen sie selbst mit-



bringen. Oft müssen sie unter Wolken von Pestiziden arbeiten. Sie werden verbal und physisch misshandelt, leiden unter Kopfschmerzen, Schwindelanfällen und schwerer Übelkeit, Augen- und Hautentzündungen. Ärztlich versorgt werden sie nicht.

Seit 2009 gibt es in Indien ein Schulpflichtgesetz. Im Alltag in den Provinzen ändert aber die Absichtserklärung eines fernen Parlaments allein noch nichts.

Hier setzt das Projekt an, das „Fair Childhood“ mit der indischen MV Foundation (MVF)* initiiert hat. Mit einem regionalen, basisorientierten Ansatz wird ein System der Informations- und Überzeugungsarbeit, der Betreuung und Begleitung aufgebaut. Was haben die Kinder oder die Dorfgemeinschaft von der Schule? Wo soll das Geld fürs Leben herkommen, wenn die Kinder nicht mehr arbeiten? Wie soll man den Plantagenbesitzern oder Farmern gegenüberreten? Was kann man tun, wenn die Schule schlecht ist, die Lehrerin oder der Lehrer nicht zur Arbeit erscheint oder die obligatorische Mittagsmahlzeit der Kinder an die Familie des Lehrers verteilt oder an dessen Freunde verkauft wird?

Mit Demonstrationen, Kundgebungen und Straßentheater werden die Menschen über ihre Rechte informiert und über Möglichkeiten aufgeklärt, wie sie das Leben in ihrer Dorfgemeinschaft verändern können. In persönlichen Beratungsgesprächen werden ihnen Hilfe und Unterstützung zum Beispiel beim Kontakt mit den Behörden oder den Plantageneignern angeboten.

Vertrauen schaffen

Hierfür wird in einem ersten Schritt ein Team von Organisatoren gebildet, von denen sich jeder um einen Ort kümmert. Diese leben in den Dörfern und werben für Vertrauen unter den Bewohnern.

In einem zweiten Schritt wird ein Child Rights Protection Forum (CRPF) gegründet. Es besteht aus Aktivistinnen, die über Kinderrechte aufklären und auf deren

Einhaltung dringen. So wird ein anderes Bild vom Wert und der Rolle von Kindern vermittelt. In einem dritten Schritt entsteht ein Teachers Forum, das auf die Qualität in den Schulen achtet, die Verbindung zwischen Schule und Dorfbewohnern herstellt und registriert, ob die Kinder auch in die Schule gehen. Nur wenn die Schule in den Dörfern respektiert wird, hat sie eine Chance, akzeptiert zu werden.

Das Lobbying gegenüber den politischen und administrativen Institutionen wird durch die Kooperation mit den örtlichen Gewerkschaften organisiert. Das Ganze wird durch regelmäßigen Informationsaustausch und Trainingsprogramme begleitet.*

Zukunftsperspektive

Bildung und Qualifikation sind notwendige Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben in Würde. Gute Bildung für alle Menschen zu verwirklichen, ist ein wesentlicher Bestandteil des Kampfes für gute Arbeit und faire Lebensbedingungen für alle. Dabei ist klar: Schulbildung alleine verändert noch nicht das Leben der Kinder. Sie ist ein erster Schritt. Erst wenn sie auch zu einer existenzsichernden Beschäftigung führt, entstehen für die Menschen Zukunftsperspektiven.

Steffen Welzel,
Vorstandsmitglied „Fair Childhood“

■
*Eine Filmdokumentation liefert einen Eindruck der Arbeit der MVF:
<http://www.youtube.com/watch?v=toIXJ5u7z3c>
<http://www.youtube.com/watch?v=6gmm-xKA0c0>

„Kinderarbeit verur

// Interview mit Venkat Reddy, Vertreter der indischen Hilfsorganisation MV Foundation, mit der „Fair Childhood“ kooperiert //

E&W: Herr Reddy, wie viele Kinderarbeiter gibt es in Indien?

Venkat Reddy: Das hängt von der Definition ab. Die indische Regierung sieht „gefährliche Kinderarbeit“ etwa nur in Steinbrüchen. Was gefährlich ist, legt die Regierung fest, die Kinder werden nicht gefragt. Arbeit in der Landwirtschaft etwa fällt nicht unter diese Definition. Die offiziellen Schätzungen gehen von zehn bis 15 Millionen Kinderarbeitern in Indien aus.

E&W: Wie definieren Sie Kinderarbeit?

Reddy: Für unsere MV Foundation ist ein Kind, das – aus welchen Gründen auch immer – nicht zur Schule geht, ein Kinderarbeiter. Und das sind in Indien mindestens 50 Millionen Mädchen und Jungen.

E&W: Warum sind selbst die offiziellen Zahlen noch so gewaltig?

Reddy: Weil die Umsetzung des Gesetzes gegen Kinderarbeit nicht gelingt. Das Arbeitsministerium ist als Behörde zu schwach, um das Problem zu lösen. Das ist die eine Seite der Medaille. Die andere: Tradition und Armut, die als Argumente immer wieder angeführt werden, um Kinderarbeit zu rechtfertigen.

E&W: Sind Familien auf die Mitarbeit der Kinder angewiesen?

Reddy: Unsere Studien zeigen, dass es eine große Nachfrage nach Kinderarbeit gibt. Mädchen und Jungen arbeiten zum Beispiel 28 Tage im Monat, die Mutter 20, der Vater aber nur elf. Das heißt: Die am besten Bezahlten arbeiten am wenigsten, die am schlechtesten Entlohten schufteten am meisten. Die Märkte sind ganz scharf auf diese billigen Kinderarbeiter.

E&W: Welche Auswirkung hat es, wenn die MV Foundation die Mädchen und Jungen in die Brückenschulen bringt und dem Markt damit Kinderarbeiter entzieht?

Reddy: Wenn ein paar Kinder mehr in die Schule gehen: gar keine. Wenn alle in die Schule gehen, gibt es einen Mangel an Arbeitskräften und eine steigende Nachfrage nach Arbeit, für die Erwachsenen-Lohn bezahlt wird. Um es ganz klar zu sagen: Armut ist nicht die Ursache von Kinderarbeit, es ist umgekehrt: Kinderarbeit verursacht Armut!

E&W: Wie geht Ihre Stiftung vor?

Reddy: Unser Ziel ist, kinderarbeitsfreie Zonen zu schaffen. In diesen Prozess beziehen wir möglichst viele Menschen in den Dorfgemeinschaften ein – Eltern, lokale Arbeitgeber, die Dorfverwaltung, freiwillige junge Helfer, die im Unterschied zu ihren Eltern eine Schule besucht haben. Das ist eine große He-



sacht Armut“

erausforderung. Denn es gilt, die soziale Norm zu ändern, dass Kinderarbeit nicht verwerflich ist.

E&W: Erreichen Sie damit alle Kinder eines Dorfes?

Reddy: Wir beziehen alle ein. Wir stellen zunächst fest, wie viele Kinder in einem Dorf leben, schauen dann bei jedem Kind, ob es zur Schule geht oder arbeitet. Unser Slogan lautet nicht „Bringt die Kinder in die Schule“, sondern „Stoppt die Ausbeutung der Kinder“. Es ist entscheidend, den Bewusstseinswandel hinzukriegen, dass Eltern statt des kurzfristigen Nutzens der Kinderarbeit den langfristigen einer schulischen Ausbildung sehen.

E&W: Wie agieren Sie den Arbeitgebern gegenüber?

Reddy: Wir stellen ihnen eine einfache Frage: Wenn du deine eigenen Kinder zur Schule schickst, warum lässt du dann andere Kinder auf deinen Feldern

arbeiten? Ist das ethisch zu verantworten?

E&W: Die MV Foundation ist seit 20 Jahren aktiv. Was hat sich im öffentlichen Bewusstsein seither verändert?

Reddy: Es hat sich schon viel bewegt. Auch bei Mittelklassefamilien, die sich noch vor zehn Jahren Kinder vom Land als Haushaltshilfen geholt haben. Früher war das ein Statussymbol, das ist es jetzt nicht mehr. Aber es bleibt noch viel zu tun.

E&W: Was erwarten Sie von den europäischen Konsumenten?

Reddy: Sie können sich einmischen, die richtigen Fragen stellen und auf ihre Regierungen Druck ausüben, im Dialog mit der indischen Regierung über Kinderarbeit zu sprechen. Sie sollten von ihren Regierungen fordern, dass sie Bildungsprogramme in Indien unterstützen und auch Rechenschaft über die Wirkung der eingesetzten Gelder verlangen.

E&W: Und beim Einkauf?

Reddy: Es hilft, sich beim Einkauf an bestimmten Labeln wie „GoodWeave“ zu orientieren. Das ist ein starkes Signal an die Produzenten, dass die Verbraucher die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards in der gesamten Lieferkette erwarten.

E&W: Was halten Sie vom Ansatz der GEW-Stiftung „Fair Childhood“, das Thema in die Schulen zu tragen?

Reddy: Es gefällt mir, Schüler und Lehrkräfte damit zu konfrontieren. Es ist gut, dass es nicht nur um Charity geht, sondern auch darum, sich mit dem Problem auseinanderzusetzen. Kinderarbeit ist eine globale Herausforderung. Und sie trifft auch die Lehrkräfte: Jedes Kind, das der Schule fernbleibt, bedeutet im Grunde eine Verletzung des Rechts der Pädagogen zu lehren.

Interview: Tobias Schwab,
Redakteur „Frankfurter Rundschau“

„Unsere Studien zeigen, dass es eine große Nachfrage nach Kinderarbeit gibt. Mädchen und Jungen arbeiten zum Beispiel 28 Tage im Monat, die Mutter 20, der Vater aber nur elf. Das heißt: Die am schlechtesten Entlohnerten schufteten am meisten.“



Fotos: Kay Herschelmann

Schule statt Steinbruch ...

// ... für die Kinder von Wanderarbeitern in Rajasthan //

Die GEW-Stiftung „Fair Childhood“ hat ihr zweites Förderprojekt beschlossen – und gestartet. In Rajasthan, im Nordwesten Indiens, haben sich Wanderarbeiter in Steinbrüchen verdingt. Sie leben dort mit ihren Familien unter menschenunwürdigen Bedingungen. Die Hauptleidtragenden sind die Kinder.

Ziele des Projektes: Diese Kinder aus der Schwerstarbeit in den Steinbrüchen zu befreien, sie in die Schule zu bringen und ihnen damit eine Lebensperspektive zu geben.

Die Natursteinindustrie spielt in der indischen Ökonomie eine bedeutende Rolle. Für viele Menschen, die am Rande der Gesellschaft leben, ist sie ein letzter Zufluchtsort, um Arbeit zu finden.

So auch im nordindischen Bundesstaat Rajasthan. Seit etwa 20 Jahren wandern Arbeiter hier ein, um in den Steinbrüchen zu malochen. Dürre und Mangel an Arbeit haben sie aus ihren Heimatregionen vertrieben.

Not ausgenutzt

Die Steinbruchbesitzer nutzen die Not, die Unwissenheit und die Hilflosigkeit dieser Menschen gnadenlos aus. Die Wanderarbeiter sind noch einmal billiger als die ortsansässigen Arbeitskräfte. Sie arbeiten wie Zwangsarbeiter – Frauen und Kinder eingeschlossen. Von angemessener Bezahlung oder gar sozialer Fürsorge kann keine Rede sein (s. E&W 6/2011).

Die meisten sind Dalits, d. h. Kastenlose, ohne Sozialstatus, ohne Rechtsansprüche. In ihrer neuen Umgebung werden sie ausgegrenzt. Den Kindern wird der Schulbesuch verweigert.

Weil der Tageslohn von weniger als einem Euro für zehn Stunden Knochenarbeit sehr niedrig ist, muss die ganze Familie schuften. Vor allem Frauen und Kinder werden eingesetzt, um Stunde um Stunde bei 45 und mehr Grad von Hand mit dem Hammer Pflastersteine zurecht zu meißen – die dann bei uns

in den schicken Einkaufszonen der Innenstädte verlegt werden, weil sie ja so günstig auf dem Weltmarkt zu bekommen sind.

Die Kinder der Wanderarbeiter sind blass und unterernährt. Um ihre Gesundheit kümmert sich niemand. Sie leiden unter Durchfall, Erkrankungen der Atemwege, Malaria und Gelbfieber. Die meisten der Fünf- bis Zwölfjährigen sind nur kurz oder noch nie in die Schule gegangen.

Schulbildung für die Ärmsten

Eine Schule für die ausgegrenzten Kinder der Wanderarbeiter zu gründen, ist daher Hauptziel des Projektes. Durch die Not und das harte Leben im Stein-

bruch haben die Eltern andere Sorgen, als sich um die Schulbildung ihres Nachwuchses zu kümmern. Zumal auch die meisten Erwachsenen keine Schule besucht haben. Die Bedeutung von Bildung ist ihnen nicht bewusst.

Deshalb müssen zunächst die Mütter und Väter sensibilisiert werden. Sie müssen erkennen, dass ihre Kinder Rechte haben – Rechte auf Schutz und Fürsorge, auf gesundheitliche Vorsorge, auf Schulbildung, die letztlich der Familie zugute kommt.

Das Projekt ist im Bundi-District angesiedelt. Bundi, eine Stadt mit zirka 90 000 Einwohnern, etwa 250 Kilometer westlich der Hauptstadt Jaipur, liegt



Seit 20 Jahren wandern Arbeiter mit ihren Familien in die indische Region Rajasthan ein, der mit Hammer und Meißel.

am Rande einer großen Schlucht, umgeben von hohen Hügeln. Hier wird in hunderten Steinbrüchen gearbeitet.

Im engeren Projektgebiet gibt es 20 Steinbrüche. Um sie herum haben sich rund 500 Familien niedergelassen. Im Dorf Dhaneshar wird die neue „Steinbruchschule“ entstehen – für die Kinder der Wanderarbeiter. Sie wird mit deren Hilfe gebaut. Das erhöht die Identifikation mit dem Projekt.

Projektpartner sind der deutsche Verein XertifIX und die indische Seva Foundation. Seva ist eine international tätige Hilfsorganisation, die seit 30 Jahren einkommensarme, unterversorgte Gemeinschaften in Indien betreut und sich für nachhaltiges Wirtschaften stark macht. Bereits während der Projektlaufzeit wird sich Seva auf Basis des indischen Schulpflichtgesetzes um die offi-

zielle Trägerschaft der Schule bemühen. XertifIX ist ein vom Kinderarbeitsexperten Benjamin Pütter, dem ehemaligen Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) und anderen gegründeter Verein, der in der Aufbauphase vom katholischen Hilfswerk MISEREOR finanziell unterstützt wird. Er zertifiziert importierte Natursteine und stellt sicher, dass diese ohne Kinderarbeit hergestellt werden. Der Verein arbeitet eng mit den Gewerkschaften zusammen. Vorsitzende ist die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock, GEW-Vorsitzender Ulrich Thöne ist Mitglied.

Ziele des Projekts:

- Etwa 500 Familien werden sensibilisiert, die Rechte ihrer Kinder anzuerkennen, sie zu unterstützen und ihnen den Schulbesuch zu ermöglichen;

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir bitten Euch sehr herzlich um eine Spende zur Förderung des Projektes. Es wird pro Jahr zirka 10 000 Euro kosten (Laufzeit: drei bis vier Jahre).

Eine gute Lehrkraft kostet etwa 150 Euro, eine Betreuerin rund 100 Euro im Monat, das Mittagessen für die Kinder ungefähr drei Euro pro Tag.

Jede Spende hilft den Kindern der „Steinbruchschule“!

Spenden bitte an:

„Fair Childhood“
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 700 20 500
Konto-Nr. 9 840 000
Vielen Dank!

- die ins Projekt einbezogenen Steinbrüche werden zu „kinderarbeitsfreien Zonen“;
- die Kinder der Wanderarbeiter besuchen erstmals eine Schule bzw. werden reintegriert;
- Steinbrucharbeiterinnen und -arbeiter werden über ihre Rechte aufgeklärt und lernen, diese einzufordern;
- der Aufbau gewerkschaftlicher Strukturen ist vorgesehen, um dauerhaft Arbeits- und Lebensbedingungen in den Steinbrüchen zu verbessern.

Im Kampf gegen Kinderarbeit soll – gemeinsam mit erfahrenen Hilfsorganisationen, DGB und IG BAU – mit diesen Vorhaben ein Modell entwickelt werden, das die Projektregion nachhaltig verändert und den Kindern und ihren Familien realistische Perspektiven für eine bessere Zukunft ermöglicht.

Hildegard Klenk, Ulrich Thöne,
Steffen Welzel, Vorstandsmitglieder
der GEW-Stiftung „Fair Childhood“

**Hinweis: Unterrichtsmaterial
zur Kinderarbeit in Steinbrüchen:**
www.xertifix.de; www.fair-childhood.eu



Foto: Steffen Welzel

um in den Steinbrüchen zu malochen. Weil die Not groß ist, schufteten dort auch ihre Kin-

In Stein gehauenes Leben

// **Armut zwingt Kinder in Indien zu Knochenjobs.** //

Kota. Steine, nichts als Steine – soweit das Auge reicht. Sandstein ist der Reichtum der Region Bundi im nordindischen Bundesstaat Rajasthan – und ihre Armut. Die zehnjährige Sawitri hockt bar-

fuß im Staub vor einem Haufen Sandstein, greift sich einen Brocken, teilt ihn mit dem Hammer und bearbeitet sorgfältig die Kanten, bis er das richtige Maß hat.

Sawitri weiß mit Hammer und Meißel gut umzugehen. Der Knochenjob ist schon seit Jahren ihr täglich Brot.

Narben an Händen und Armen zeugen davon. „Gehst du zur Schule?“, fragt GEW-Vorsitzender Ulrich Thöne. Sawitri lächelt verschämt und schüttelt den Kopf. Nur rund ein Viertel der etwa 200 Kinder der Siedlung am Rande des Steinbruchs besucht den Unterricht – mehr oder weniger regelmäßig, erklärt



Die zehnjährige Sawitri aus Nordindien weiß mit Hammer und Meißel umzugehen. Der Knochenjob ist schon lange ihr täglich Brot.

der indische Sozialarbeiter Rajnath, der den Gewerkschafter auf seiner Tour durch Nordindien begleitet.

Mädchen packen mit an

In die steinreiche Region Bundi verspricht es viele Familien aus Zentralindien, die hier Arbeit suchen, um über-



Foto: Tobias Schwab

leben zu können. Sawitri ist mit ihrer verwitweten Tante Beba und deren fünf sieben- bis 13-jährigen Töchtern aus dem Bundesstaat Madhya Pradesh gekommen und siedelt jetzt in einer Hütte am Rande des Steinbruchs. Alle Mädchen müssen beim Behauen der Steine anpacken, damit die 35-jährige Beba die Familie irgendwie durchbringen kann. Sawitri und ihre Cousinen teilen ihr Schicksal nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) weltweit mit 215 Millionen Mädchen und Jungen (s. E&W-Schwerpunkte 7-8/2010 und 4/2011). 115 Millionen von ihnen gehen nach ILO-Definition einer gefährlichen, ausbeuterischen Arbeit nach, die ihnen gesundheitlich und seelisch schadet. Indien ist dabei das Land mit der weltweit größten Zahl an Kinderarbeitern. Nach offiziellen staatlichen Angaben schufteten hier 12,5 Millionen Kinder zwischen fünf und 14 Jahren. Nichtregierungsorganisationen (NGOs) gehen allerdings eher von 60 bis 90 Millionen betroffenen Mädchen und Jungen aus. Da Kinderarbeit innerhalb des eigenen Hauses in Indien nicht verboten ist, taucht ein großer Teil der Kinder auch nicht in der Statistik auf. „Wo bleibt der Staat?“, fragt Thöne beim Gang durch Bhadohi im nordöstlichen Bundesstaat Uttar Pradesh. In den Hütten des Dorfes und davor sitzen unzählige Mädchen und spinnen oder knüpfen Wolle. Auch in Indien ist gefährliche Kinderarbeit unter 14 Jahren laut Verfassung im Prinzip verboten. 1987 hat die Regierung nochmals eine nationale Richtlinie gegen Kinderarbeit erlassen, 2003 den Schulbesuch mit einem Verfassungszusatz zu einem Grundrecht erklärt.

Empfang beim Maharadscha

In Kota, einer Stadt mit 700 000 Einwohnern in Rajasthan, wird Thöne von Maharadscha Shri Ijyaraj Singh empfangen. Singh hat in den USA studiert. Heute ist er Mitglied des Indischen Unterhauses. „Es sind viele Fragen, die mich bewegen“, beginnt der Gewerkschafter das Gespräch im herrschaftlichen Salon und kommt schnell zur Sache. Wenn die

Regierung Schulgesetze erlässt, müsse sie auch zeigen, dass sie es ernst meint. Singh erläutert zunächst, dass Eltern, die es sich leisten können, ihre Kinder auf Privatschulen schicken. „Die sind besser als staatliche Schulen“, gibt er unumwunden zu. „Und was ist mit den Kindern, deren Eltern in Steinbrüchen arbeiten?“, insistiert der GEW-Vorsitzende. Für den Staat sei es schwer, diese in den ländlichen Regionen wie der Wüste Thar zu erreichen, sagt Singh. „Es braucht Zeit und viel Geld, um die gesetzlichen Vorgaben in den einzelnen Bundesstaaten umzusetzen.“

Den Hinweis des deutschen Gastes auf das Millenniumsversprechen „Grundbildung für alle“ kommentiert der Parlamentsabgeordnete mit der Bemerkung: „Ein nobles Ziel, aber ich bin Realist.“ Das ist nicht die Antwort, die Thöne hören will. Es gehe jetzt um die Zukunft, um die Hoffnungen und Träume von Sawitri und ihren Cousinen. „Ohne Bildung haben sie keine Chance, aus dem Teufelskreis von Hunger und Armut auszubrechen.“ Dass sie eine Chance haben könnten, kann Sawitris Tante Beba sich nicht vorstellen. „Mein Leben sind die Steine und das wird auch für meine Kinder so sein“, sagt sie.

Tobias Schwab,
Redakteur der „Frankfurter Rundschau“

Der ungekürzte Text:

www.fr-online.de/spezials/in-stein-gehauenes-leben,1472610,8332950.html

Grabsteine aus Kinderhand

// **Plädoyer für eine kinderarbeitsfreie Zone durch den Kauf „fairer Steine“ //**

Medienberichte über Kinderarbeit in den Steinbrüchen Asiens schockieren viele Verbraucher: Immer mehr Kunden achten heute darauf, „sozial saubere“ Natursteine zu kaufen. Im Garten liegen fair erzeugte indische Sandsteinplatten, in der Hofeinfahrt Pflastersteine mit dem XertifiX-Siegel: Für Brigitte und Thomas Fiedler aus Berlin stand bei der Planung ihres neuen Hauses von vornherein fest: „Unsere Kinder sollen niemals auf Steinen spielen, an denen Blut klebt. Oder für deren Herstellung andere Kinder leiden mussten.“ So wie das junge Paar denken immer mehr Verbraucher – aufgeschreckt und sensibilisiert durch Medienberichte über die Ausbeutung von Arbeitern in indi-

schen oder chinesischen Steinbrüchen. Von dort stammen rund 80 Prozent aller hierzulande verkauften Natursteine. Lohndumping sei in den Steinbrüchengang und gäbe und Kinderarbeit „noch weit verbreitet“, sagt Benjamin Pütter, Kinderarbeitsexperte des Hilfswerks MISEREOR. Auch die Südwind Agentur in Wien geht davon aus, dass etwa 15 Prozent der Arbeiter in den Steinbrüchen minderjährig sind. Besonders schlimm ist die Lage in den zig kleinen Minen des informellen Sektors. Das Bild dort ist immer dasselbe: In sengender Hitze bedienen dünne Kinder und Minderjährige oft zu dritt oder viert 40 Kilogramm schwere Pressluftschlämmer und Kompressoren oder schlagen die Steine in mühseliger Handarbeit. Für diese Knochenarbeit bekommen sie 70 bis 80 Cent pro Tag. Eine Million Tonnen Gestein werden allein in Deutschland

jährlich verarbeitet. Granit, Sand- und Kalkstein, Marmor, Schiefer oder Schotter – diese Natursteine finden sich in Häusern und Gärten, in Fußgängerzonen und auf Marktplätzen, an Fassaden alter Gebäude sowie als Grabsteine auf Friedhöfen.

Zu Schnäppchenpreisen

Die Bundesrepublik ist europaweit der wichtigste Abnehmer von Naturstein. Das hat auch mit dem Preis zu tun: Noch vor 20 Jahren war das Material für die meisten Verbraucher hierzulande unerschwinglich. Heute werden Marmor & Co. teils zu Schnäppchenpreisen angeboten, oft noch billiger als Beton. Ermöglicht durch Importe aus Niedriglohnländern. Denn wer in Indien oder China einen Steinbruch eröffnet, muss keine teuren Auflagen zum Arbeits- oder Umweltschutz beachten. Die Folge: Ein Naturstein aus Indien kostet nicht mal die Hälfte dessen, was der Kunde für den gleichwertigen Grab- oder Terrassenstein aus der Lausitz auf den Tisch legen muss. Kinderarbeitsexperte Pütter ist in den Steinbrüchen Indiens nicht nur auf lebensgefährliche, sondern auch auf sklavennähnliche Zustände gestoßen: Leben die Eltern in Schuldknechtschaft – etwa, weil sie für einen Arztbesuch beim Steinbruchbesitzer Geld geliehen haben –, bekommen sie überhaupt keinen Lohn für die harte Arbeit. Dann müssen die Kinder die Schulden mit abzahlen, die ihre Eltern beim Gläubiger gemacht haben – ein Teufelskreis der Armut, dem kaum eine Familie entinnen kann. Arbeitskleidung wie Helme oder Ohren- und Mundschutz sehen die Arbeiter ohnehin fast nie. Viele werden krank, leiden etwa unter Silikose, einer Staublunge, weil sie permanent den Stein- und Quarzstaub einatmen. Entsprechend niedrig ist die Lebenserwartung – sie betrage gerade mal 40 Jahre, schätzt Pütter: „Das ist schleichender Mord.“ Vor diesen menschenverachtenden Zuständen verschließen nicht nur viele private Konsumenten, sondern auch der Staat die Augen. Die öffentliche Hand ist mit Abstand der wichtigste

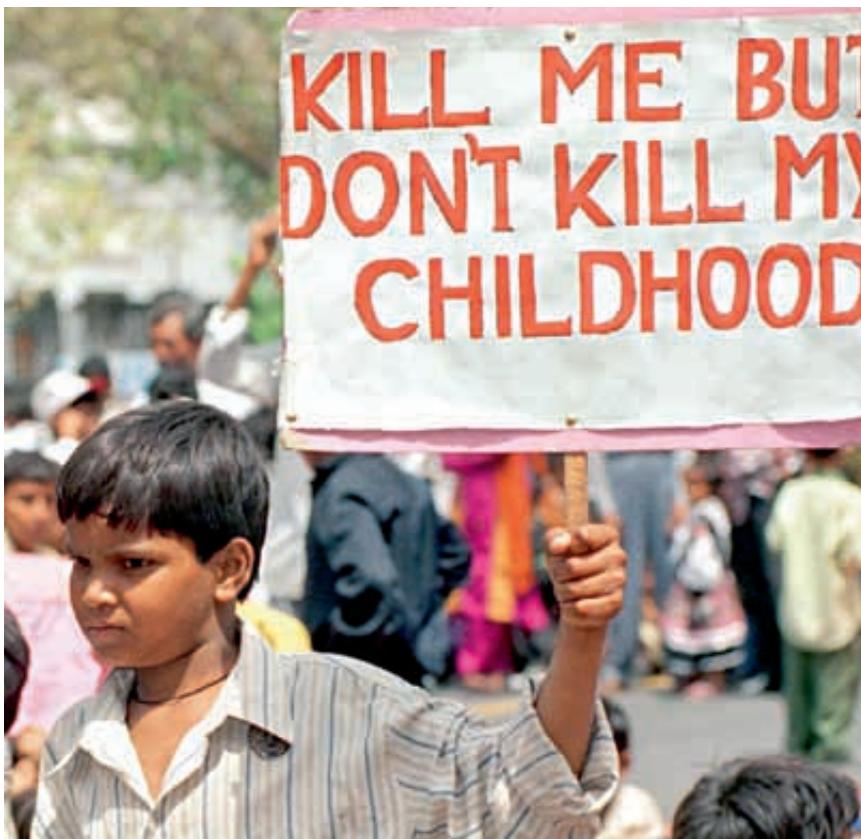


Foto: dpa

Schon 1998 gab es in Neu Delhi (Indien) einen weltweiten Protestmarsch gegen Kinderarbeit. Ungefähr 1500 Kinder von den Philippinen, aus Vietnam, Laos, Malaysia, Bangladesch, Nepal und Indien fuhren mit Bussen durchs Land und demonstrierten für ihr Recht auf Kindheit.

Kunde des Natursteinhandels: Ein Großteil der in Indien oder China gehauenen Granitblöcke landet in hiesigen Innenstädten als Pflastersteine in Fußgängerzonen oder wird für Gehwege verarbeitet. Bei öffentlichen Ausschreibungen müssen soziale Belange nicht berücksichtigt werden. Im Gegenteil: Meist geben Bund ebenso wie Kommunen in Zeiten leerer Kassen dem wirtschaftlich günstigsten Angebot den Zuschlag. Und weil indische Pflastersteine oft nur die Hälfte der deutschen Kosten, haben ihre Anbieter bei öffentlichen Ausschreibungen häufig die besten Chancen.

Macht der Konsumenten

Es gibt allerdings einige wenige Städte und Gemeinden, Landesregierungen und Landkreise, die sich ihrer Macht als Konsumenten bewusst sind: Sie weigern sich, Produkte zu kaufen, die von ausgebeuteten Kindern und unterbezahlten Erwachsenen hergestellt worden sind. Allein in Deutschland haben sich mittlerweile mehrere Kommunen – darunter Großstädte wie München, Essen, Dortmund und Stuttgart – verpflichtet, nur noch „saubere“ Baumaterialien von Anbietern zu kaufen, die nachweisen können, dass keine Kinderarbeit mit im Spiel ist. Soziale Aspekte sollen etwa bei den Geboten der immerhin über fünf Millionen Menschen zählenden 54 Städte und Gemeinden des Ruhrgebiets ein Auswahlkriterium sein: Als die Region 2010 europäische Kulturhauptstadt wurde, haben sich ihre gewählten Vertreter über eine „Magna Charta der Fairness“ verpflichtet, ihre Vergabepaxis so zu ändern, dass keine Produkte aus Kinderarbeit mehr eingekauft werden. Doch welche Möglichkeiten hat der private Verbraucher, faire Steine ohne Kinderarbeit zu erwerben? Wer in Europa im Baumarkt, beim Steinmetz oder Gartencenter nach dem billigsten Angebot für die neue Küchenplatte, den Terrassenbelag oder den Grabstein sucht, wird nicht zwingend auf die Herkunft des Gesteins aufmerksam gemacht. Dabei haben Konsumenten durchaus die Chance, Steine zu kaufen, die nachweislich ohne Ausbeutung von Menschen aus der Erde geschlagen worden sind. Dem Ziel, Kinder- und Sklavenarbeit in den Steinbrüchen der Billiglohnländer

Fair gehandelte Natursteine in Deutschland

- Die Anbieter von XertifiX-gesiegelten Natursteinen finden sich auf der Internetseite www.xertifix.de. XertifiX wurde 2005 von mehreren sozialen Aktionsgruppen und dem Steinmetzbetrieb signum gegründet. Das Siegel stellt sicher, dass die Steine aus Indien garantiert ohne Kinder- und Sklavenarbeit hergestellt sind. Kernarbeitsnormen der International Labour Organization (ILO) werden überprüft. Die GEW ist Mitglied bei XertifiX.
- Anbieter der mit dem Gütezeichen Fair Stone ausgezeichneten Natursteine des Unternehmens win-win sind auf der Seite <http://fairstone.win-win.de> aufgelistet. Das Projekt ist vor allem in China aktiv und hat in enger Kooperation mit Natursteinimporteuren einen internationalen Sozial- und Umweltstandard für Natursteinimporte eingeführt. Ein Steinbruch, der eine Kooperation mit Fair Stone eingegangen ist, darf Jugendliche erst dann beschäftigen, wenn diese älter als 14 Jahre sind.

zu beenden, haben sich mittlerweile drei Initiativen verschrieben: der Verein XertifiX, die Initiative Fair Stone sowie die von der Südwind Agentur Wien mit geförderte Arbeitsgruppe nachhaltiger Naturstein (WGDN). Ihre Zielgruppe: der Natursteinhandel, Baufirmen, Architekten, öffentliche und private Bau-träger. Wer Natursteine mit dem XertifiX- oder Fair-Stone-Siegel kauft, kann davon ausgehen, dass in der gesamten Lieferkette vom Steinbruch über Häfen bis Fabriken keine Kinder ausgebeutet wurden, dass erwachsene Arbeiter zumindest den gesetzlichen Mindestlohn erhalten – und dass beides auch streng kontrolliert wird. Thomas Bielawski, Vorstand der „Gärtner von Eden“, einer Genossenschaft aus über 60 Garten- und Landschaftsbaubetrieben, hat überzeugt, dass bei XertifiX „die Kontrollen mit sozialen Projekten kombiniert werden“: So verbietet der Verein nicht nur Kinderarbeit. Er versucht zudem, gemeinsam mit dem Minenbetreiber etwa eine Schule oder für die Eltern höhere Löhne durchzusetzen. Denn: „Die Kinder aus dem Steinbruch auf die Straße oder in die Prostitution zu treiben, ist keine Lösung“, sagt Pütter. An anderen Labels sollten sich Verbraucher nicht orientieren – viele führen Kunden sogar bewusst in die Irre. Zwar haben die Bilder von schuftenden Kindern in den Steinbrüchen Indiens sowie die Berichte über miese Arbeitsbedingungen in manchen Minen Chinas zu einem ersten Umdenken der Natursteinbranche geführt. Auch haben die meisten Baumärkte inzwischen damit begonnen,

Verhaltens-Kodizes zu verfassen und ihre Zulieferkette zu überwachen. Dennoch unterscheiden sich die Kriterien, die sie einem Sozialaudit zugrunde legen, mitunter stark. Nachvollziehbare und kontrollierbare Informationen über die Produzenten oder Lieferwege erhalte der Kunde fast nie, kritisiert das Südwind Institut. Noch weigern sich die meisten Natursteinhändler, Steinmetze, Baumärkte oder Küchenhersteller, ihre Zuliefererwege transparent zu machen. Für den Verbraucher absolut nichtssagend sind auch die „kinderfrei“-Garantien der Zulieferer, auf die manche Anbieter gerne verweisen: „Da muss man schon sehr aufpassen“, sagt Bielawski. „Würde man einige dieser windigen Selbsterklärungen übersetzen, käme wohl ein Curry-Rezept raus.“ Auf solche hauseigenen Zertifikate würde sich auch Pütter niemals verlassen: „In Indien kriegt man für ein paar Cent jedes Zertifikat.“

Martina Hahn,
freie Journalistin

■
**„Indira und der Steinbruch“,
 Unterrichtsmaterial für Grundschule
 und Sekundarstufe I über Kinderarbeit
 in indischen Granitsteinbrüchen hat das
 Hilfswerk MISEREOR herausgegeben.
 Es steht zum kostenlosen Download be-
 reit unter [www.misereor.de/fileadmin/
 redaktion/Indira-Baustein.pdf](http://www.misereor.de/fileadmin/redaktion/Indira-Baustein.pdf).
 Nähere Informationen zum Thema
 auch über Benjamin Pütter:
b_puetter@web.de.**

Rechte der Frauen und Kinder stärken

// Was hat ein Brunnen mit Bildung zu tun? Weshalb kann eine fehlende Toilette den Schulbesuch von Mädchen verhindern? //

Im September 2012 hat „Fair Childhood“, die GEW-Stiftung Bildung statt Kinderarbeit, das dritte Projekt gestartet. Die Projektregion liegt im Osten Indiens in Westbengalen im Gangesdelta. Eine sehr abgelegene Region mit sieben Dörfern, Zuhause von 3823 Familien und 4453 schulpflichtigen Kindern. Die Menschen leben von Landwirtschaft und Fischzucht. Das durchschnittliche Einkommen liegt bei 1,50 Euro pro Tag.

Rechte der Kinder verletzt

In der Region herrschen sehr „traditionelle Lebensverhältnisse“, wie es die Projektpartner* von „Fair Childhood“ zurückhaltend formulieren. Im Klartext heißt das: Die Frauen und Mädchen haben keine Rechte. Sie leiden unter häuslicher Gewalt und systematischer Benachteiligung. Die Verletzung von Kinderrechten – mangelnder Zugang zu Bildung, dazu Kinderehe und -arbeit – ist nach wie vor an der Tagesordnung

– begünstigt durch schwache staatliche Strukturen. Jahrtausende alte Kulturen, Traditionen und Religionen bestimmen die Lebenswirklichkeit der Menschen. Zentrales Ziel des GEW-Projektes ist, die Rechte der Frauen und Kinder zu stärken und deren Sozialstatus in der Gemeinschaft zu verbessern. Besonders die Frauen sind wichtig, wenn es darum geht, das Recht auf Bildung umzusetzen. Nach drei Jahren und vier Monaten intensiver Arbeit mit Eltern, Großeltern, Kindern und örtlichen Autoritäten soll in den Projektdörfern die Haltung der Familien zur Kinderarbeit verändert werden. Zugleich sollen nachhaltige wirtschaftliche Impulse die Lebensverhältnisse der Menschen erkennbar verbessern.

Lebensverhältnisse ändern

Vier Ziele verfolgt „Fair Childhood“:

- Die Dropout- und Abwesenheitsquote eingeschriebener Schülerinnen und Schüler soll durch den Aufbau von Nachhilfezentren und Brückenschulen stark sinken.
- Maßnahmen, die Einkommen verschaffen, sollen die ökonomische Si-

tuation der Familien von Risikokindern stärken und so verhindern, dass die Kinder zum Haushaltseinkommen beitragen müssen und die Schule abbrechen.

- Eine projektbegleitende Aufklärungskampagne, die Gründung von Interessensgruppen und die Veröffentlichung von Informationsmaterialien sollen für ein Umfeld sorgen, das Kindern ihr Recht auf Bildung garantiert.
- Damit sich auch die gesundheitliche Situation verbessert, sollen der Zugang zu sicherem Trinkwasser und Sanitäranlagen ermöglicht und ein umfassendes Hygieneprogramm initiiert werden.

Gerade diese Frage hat im Gangesdelta besondere Bedeutung. Das Grundwasser steht sehr hoch. Sobald man im Boden 60 bis 70 Zentimeter gegraben hat, stößt man auf Wasser. Da die Menschen in dieser Region kaum Toiletten haben und ihre Notdurft unter freiem Himmel verrichten, ist das Grundwasser verseucht. Deshalb leiden die Bewohner der umliegenden Dörfer, vor allem die Kinder, unter chronischen Durchfallerkrankungen. Kranke Kinder aber gehen nicht zur Schule. Mädchen schon gar nicht, wenn es dort keine vernünftigen Toiletten gibt.

Fakt ist: Das Recht auf Bildung ist ohne menschenwürdige Lebensverhältnisse nicht zu haben.

Steffen Welzel,
Vorstandsmitglied „Fair Childhood“



Wäsche waschen im Fluss – die hygienischen Verhältnisse im Gangesdelta sind oft problematisch.

Foto: zplusz

*** Die Projektpartner der Stiftung „Fair Childhood“ sind in Deutschland die Karl Kübel Stiftung (www.kkstiftung.de) und in Indien die Hilfsorganisation NISHTHA (www.nishthasisterhood.org/). Zudem wird das Projekt vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) gefördert.**

Bis zu 50 Kilo schwere Säcke schleppen Kinder in der Erntezeit auf den Kaffeeplantagen in Guatemala.



Fotos: WDR 2011

Rackern für die Kaffeebohne

// Arbeitseinsatz von Kindern auf Plantagen Guatemalas //

Kaffee ist unser Lieblingsgetränk. Der Durchschnittsdeutsche trinkt mit 148 Litern pro Jahr mehr Kaffee als Wasser oder Bier. Und es ist ein Genuss, den sich jeder leisten kann. Oft kostet eine Tasse Kaffee zuhause aufgebrüht gerade mal fünf Cent. Doch auf den Plantagen können die Kaffeepflücker – darunter viele Kinder – von ihrer Arbeit kaum menschenwürdig leben. Guatemala zum Beispiel ist eine der ärmsten Kaffeeregionen, obwohl dort besonders hochwertiger Kaffee angebaut wird. Eine Kaffeeplantage in der Region Huehuetenango in Guatemala: Es ist das Rascheln zwischen den Ästen, das zu den Pflückern führt. Im tiefgrünen Dickicht fällt der Blick immer wieder auf die roten Kaffeekirschen. Nur wenn man ganz genau lauscht und dem Rascheln und Gemurmel folgt, entdeckt man sie: Frauen, Männer und Kinder, die die wertvolle Ernte pflücken. Wie Ceila. Sie ist erst elf. Nur mit einfachen Sandalen an den Füßen arbeitet sie sich auf dem rutschigen, steilen Boden von

einer Kaffeepflanze zur nächsten vor. Auf den ersten Blick sieht es fast spielerisch aus, wie sie in Sekundenschnelle die einzelnen Kaffeekirschen von den Ästen pflückt und sie in den um die Hüfte geschnallten Plastikkorb wirft. Doch ein Blick auf ihre rissigen Hände enthüllt die Wahrheit: Ceila arbeitet den ganzen Tag. Dabei hat die Schule längst wieder angefangen.

Vier Euro am Tag

„Ich gehe nicht zum Unterricht“, antwortet sie schüchtern. Dann pflückt sie weiter, den Kopf gesenkt. Während der Erntezeit lebt und arbeitet sie mit ihrer Familie für einige Monate auf der Kaffeeplantage. Der Großgrundbesitzer zahlt 40 Quetzales für etwa 46 Kilogramm Kaffeekirschen. Das sind umgerechnet vier Euro am Tag. Oft ist dieser Lohn nur zu schaffen, wenn alle in der Familie mithelfen. Der Mindestlohn in Guatemala liegt bei umgerechnet etwa fünf Euro pro Tag. Und auch der reicht kaum aus, um die Kosten der Grundnahrungsmittel und -bedürfnisse zu decken. Nach wie vor gehört Guatemala zu den ärmsten Ländern Lateinamerikas.

Besonders betroffen ist die indigene Bevölkerung, die Nachkommen der Maya. Bis zu 60 Prozent der Jugendlichen einzelner Mayavölker können weder lesen noch schreiben. Und die, die zur Schule gehen, verlassen diese oft schon nach drei Jahren. Nach Angaben der katholischen Kirche gibt es in Guatemala 900 000 Kinder, die arbeiten müssen.

Halbvolle Klassen

Adolfo Jaraz, Lehrer an der Schule Xemal in der Kaffeeregion Huehuetenango, kennt die Situation. Seit 20 Jahren unterrichtet er an der Schule. Während der Kaffeenernte sind viele Klassen nur halb voll. Von 350 Schülern fehlen noch 125. „Wir kennen das hier nicht anders“, erklärt er. „Wir fangen einfach mit den Schülern an, die schon da sind.“ Jaraz fühlt sich machtlos. Auf der einen Seite versteht er die Eltern, die ihre Kinder aus der Schule nehmen, damit diese sie bei der Kaffeenernte unterstützen. Sonst könnten die Familien oft nicht überleben. Auf der anderen Seite weiß er auch, dass die Kinder ohne Schulbildung später keine anderen Tätigkeiten ausüben können.

A close-up photograph showing two hands, one appearing significantly larger and more wrinkled than the other, reaching into a large pile of bright red coffee cherries. The hands are positioned as if they are carefully picking or sorting the fruit. The background is filled with more cherries, some showing green and yellow hues, indicating different stages of ripeness.

Vom täglichen Pflücken der roten Kaffeekirschen sehen die Hände der elfjährigen Ceila wie die Hände einer Erwachsenen aus.

In der Region liegt das Dorf Santa Barbara. Es ist eines der ärmsten Dörfer in der Gegend. Während der Kaffeeernte wirkt es wie ausgestorben. Die Fenster der Hütten sind mit Brettern zugeschlagen, die Türen verriegelt. Die kleinen Felder rundherum sind karg. Die indigenen Kleinbauern haben nur ein bis zehn cuerdas (ein cuerda = 0,04 Hektar) Land, und es ist nicht sehr fruchtbar. Viele können von den Erträgen ihrer eigenen Felder nicht leben und arbeiten zusätzlich als Tagelöhner auf Kaffeeplantagen, erzählt ein kleiner Ladenbesitzer, der noch im Dorf zurückgeblieben ist. Er bietet Zigaretten, Früchte und Getränke feil und hofft auf die Kaufbereitschaft der Vorbeifahrenden. „Hier werden Sie zu dieser Zeit kaum einen Einheimischen finden“, sagt er. „Da müssen Sie schon auf die Plantagen gehen.“

Tortur am Nachmittag

Im abgelegenen Hochland findet man sie: Familien aus Santa Barbara. Auch auf Plantagen, deren Kaffeebohnen angeblich nach Deutschland gehen. Zum Beispiel auf der Finca „Nueva Palmira“. Ein Name, den ein Mitarbeiter einer Exportfirma genannt hat, die an den deutschen Kaffeeröster Tchibo liefert. Früh am Morgen verlassen Mütter und Väter mit ihren Kindern die Baracken, um die Kaffeekirschen zu pflücken. Stundenlang schuften sie an den steilen Hängen. Die Kleinsten sitzen auf dem feuchten Boden, folgen ihren Eltern von einem Strauch zum nächsten. Wer acht ist und schon pflücken kann, hat wie die Erwachsenen einen Korb

um die Hüften geschnallt. Am späten Nachmittag werden die gesammelten Kirschen in Säcke abgefüllt. Dann beginnt die eigentliche Tortur. Die Säcke müssen mehrere 100 Meter bergauf zur Sammelstelle gebracht werden, wo die Kirschen abgewogen werden und der Verdienst jeder einzelnen Familie vermerkt wird. Einen Großteil schleppt der Familienvater. Aber auch die Kinder müssen die schweren Säcke auf ihrem Rücken tragen. Ein Riemen, der um den Kopf gebunden ist, soll die Wirbelsäule entlasten. Wenn aus allen Winkeln der Plantage die Pflücker mit ihren Säcken kommen, um den langen Weg nach oben anzutreten, ist es ganz still. Jeder konzentriert sich auf den steilen, rutschigen Weg vor sich. Es ist nur ein leises Stöhnen, das den Marsch begleitet. In Deutschland sollen Schulkinder im Idealfall nicht mehr als fünf Kilo in ihrem Schulranzen schleppen. In Guatemala transportieren neunjährige Kinder bis zu 50 Kilo. Täglich. Über Monate. Auf Kosten ihrer Gesundheit. „Das ist eine extreme Belastung für Füße, Knie und Hüften“, erklärt Hans-Philipp Springorum, Oberarzt für Orthopädie an der Uniklinik Köln. „Es kann zu Bandscheibenverschleiß und Arthrose der Wirbelsäule führen. Mit 30 Jahren werden diese Kinder schon die Wirbelsäule eines 50- oder 60-Jährigen haben.“

Auch die Lebensumstände auf der Plantage wirken sich auf die Gesundheit der Erntearbeiter und ihrer Kinder aus. Viele Wanderarbeiter sind in großen Baracken untergebracht, sogenannten „galeras“, in denen 50 und mehr Per-

sonen während der Erntezeit monatelang zusammenleben. Meist besteht die Baracke aus einem großen Raum, der gleichzeitig als Schlaf-, Wohn- und Kochplatz dient. Viele schlafen auf dem nackten Boden. Sanitäre Anlagen fehlen, es gibt kein elektrisches Licht. Kaum besser sieht es in den Baracken der Arbeiter aus, die das ganze Jahr über für einen Großgrundbesitzer ackern. Wenn keine Erntezeit ist, säubern sie die Felder, kümmern sich um den Wuchs der Pflanzen. Wie Juan und seine Familie. Auch sie stammen aus Santa Barbara, besuchen das Dorf aber nur noch wenige Male im Jahr. Ansonsten leben sie auf der Finca „Nueva Palmira“. „Zum Essen gibt es Bohnen, Reis und Mais“, erzählt er. „Hühnchen vielleicht einmal im Monat. Wenn das Geld reicht.“ Doch meistens langt es nicht. Juan und seine Familie sind davon abhängig, was die Großgrundbesitzerin ihnen zahlt. Auch die Wohnstätte wird von ihr gestellt. „Hier habe ich keine Rechte“, erzählt er uns, „mein Recht ist es, zu arbeiten.“ Kaum ein Plantagenarbeiter in Guatemala wagt es, sich gegen die widrigen Lebensumstände und die schlechte Bezahlung aufzulehnen. Zu groß ist die Angst, entlassen zu werden.

Die Organisation „Movimiento de trabajadores del campo“ (MTC) in San Marcos, Guatemala, will den Arbeitern diese Angst nehmen und unterstützt sie im Kampf gegen die Großgrundbesitzer. Julio Archila, einer der Gründer der Organisation, hat selbst jahrelang auf einer Kaffee-finca gearbeitet. Heute setzt er sich als Koordinator von MTC für die Rechte

von anderen Arbeitern ein. „Wir versuchen, die Familien zu überzeugen, sich zu organisieren“, erklärt Julio, „und wir geben ihnen rechtliche Unterstützung, falls es Probleme mit den Plantagenbesitzern gibt. Diese Hilfe ist unentgeltlich.“

Ein weiterer Eckpfeiler der Arbeiterorganisation ist die Weiterbildung von Jugendlichen. So gibt es in San Marcos die Förderschule „Centro de Formacion Profesional Maria Santos Lorz“, wo junge Menschen wöchentliche Kurse belegen können. Zum Beispiel für Webkunst oder Schreinerei. Auch die 16-jährige Sonja lernt hier zu weben. Seit sie sieben Jahre alt war, musste sie auf einer Kaffeeplantage arbeiten. „Kaffee wiegt viel. Und es wird nur wenig dafür bezahlt“, erzählt sie. „Jetzt möchte ich mein Leben verbessern, einen Beruf erlernen, damit ich nicht mehr auf dem Feld arbeiten muss.“ So selbstbewusst sei Sonja noch nicht gewesen, „als sie zu uns kam“, erklärt Ana Aguados, die das Projekt bei MTC betreut. „Vielen Jugendlichen wird jahrelang eingeimpft: Du bist ein Kind eines Kaffeeplückerers und du wirst selbst immer ein Kaffeeplücker bleiben“, sagt sie. „Uns geht es nicht nur darum, den Heranwachsenden neue Perspektiven zu bieten, sondern auch ihr Selbstbewusstsein zu schulen und sie davon zu überzeugen, dass sie einen Wert in dieser Gesellschaft haben.“

Seit Jahren fordern vor allem kirchliche Organisationen eine grundlegende Agrarreform in Guatemala, eine gerechtere Aufteilung von Land. Doch es ist ein Kampf gegen Windmühlen. Die Macht der Plantagenbesitzer im Land ist groß, der Staat schwach. Aber es gibt Projekte, die die Ernährungs- und Einkommenssituation der Kleinbauern im Hochland verbessern und auch Kinderarbeit beseitigen wollen. Dies ist auch das Ziel eines Projektes der Landpastorale Huhuetenango in Zusammenarbeit mit MISEREOR und der Katholischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe. Von einheimischen Ausbildern sollen die Kleinbauern lernen, wie sie ihre Felder gegen Erosion schützen, natürlichen Dünger aus Kompost herstellen, verschiedene Feldfrüchte anbauen können, um ihre Familien gesund zu ernähren. Ihre Kinder sollen sich nicht mehr auf den Plantagen abrackern müssen.

Vorbild Holland

Auch der deutsche Verbraucher hat die Möglichkeit, etwas gegen Kinderarbeit zu tun. Im Supermarkt, Discounter, Bioladen und Kaffeeshop erhält man Kaffee, der mit sogenannten Siegeln wie Fairtrade, Rainforest Alliance oder Utz Certified ausgezeichnet ist. Sie versprechen Umweltschutz, bessere Behandlung der Arbeiter und keine Ausbeutung von Kindern. Eine jährliche unabhängige Kontrolle soll dies garantieren. Doch bislang macht sogenannter Siegelkaffee auf dem deutschen Markt nur etwa zwei Prozent aus. Der Deutsche Kaffeeverband schiebt dies auf die mangelnde Nachfrage beim Konsumenten. In Holland hingegen hat die Kaffeewirtschaft selbst die Initiative übernommen. 40 Prozent des Kaffees ist im Nachbarland bereits heute ein fair gehandeltes Produkt mit einem der Siegel. In vier Jahren sollen es 75 Prozent sein, danach sogar 100. Dafür haben unabhängige Organisationen lange Jahre hart gekämpft. In Holland hat es geklappt. Warum nicht in Deutschland? „All unsere Bemühungen, das niederländische Modell nach Deutschland zu exportieren, sind noch nicht erfolgreich“, erklärt Bärbel Weiligmann von der Tropical Commodity Coalition mit Sitz in Den Haag. „Der Kaffeeverband in Deutschland ist nicht in der Lage, den Sektor zu bündeln, alle Beteiligten zusammenzubringen und eine

Strategie zum Thema Nachhaltigkeit zu entwickeln.“

Übrigens: Alle großen deutschen Röster, die angeschrieben wurden, konnten für ihren Kaffee Kinderarbeit nicht ausschließen. Und Tchibo? Auf Fincas, die der Mitarbeiter einer Exportfirma für Tchibo-Kaffee nannte, hat die Autorin Kinderarbeit entdeckt. Doch nachdem die Exportfirma von den Recherchen erfuhr, behauptete sie in einem Schreiben an den Tchibo-Geschäftsführer Markus Conrad, dass man falsche Namen angegeben hätte. Allerdings gibt Tchibo auf Nachfrage zu, dass es während der Erntezeit auf den Plantagen durchaus zu unzulässiger Kinderarbeit kommen könne.

Solange die großen Röster über ihre Zulieferer keinen Druck auf die Plantagenbesitzer ausüben und der Bezug von Siegelkaffee nicht massiv ausgeweitet wird, wird sich so schnell nichts an den miserablen Arbeitsbedingungen des Kaffeeanbaus in Guatemala ändern. Die elfjährige Ceila wird weiterhin während der Erntezeit Tag für Tag an den Hängen stehen und ihre Säcke füllen. Der Preis für eine Tasse Kaffee?

Gönke Harms,
freie Journalistin

Viele Wanderarbeiter wohnen während der Erntezeit in sogenannten „galeras“. In den großen Baracken leben 50 Menschen und mehr auf engstem Raum zusammen.



Arbeit vor Schule



Täglich erntet die neunjährige Zara zusammen mit ihren drei Geschwistern an der türkischen Schwarzmeerküste elf Stunden lang Haselnüsse.

Foto: Mehmet Ulger

// Türkei: Tausende Kinder im Einsatz bei der Haselnussernte //

Ein Fernsehbericht sorgte für Aufsehen in den Niederlanden: In den Regalen europäischer Supermärkte liegen Produkte aus türkischen Haselnüssen, die von Kindern gepflückt werden. Die Behörden in der Türkei sehen darüber hinweg.

Krankenschwester. Das wäre ein schöner Beruf. Warum? „Darum“, sagt die neunjährige Zara. glaubt sie, sie wird das schaffen, ohne regelmäßig in die Schule zu gehen? „Ich weiß es nicht. Vielleicht schon. Vielleicht geht es.“

Sie sitzt vor der Kamera unter einem Haselnussstrauch. Die Luft ist erfüllt vom Schnarren der Zikaden. Es ist August, Hochsommer an der türkischen Schwarzmeerküste, Erntezeit. Seit sieben Uhr morgens pflücken Zara, ihre Eltern und drei Geschwister Nüsse, bis 18 Uhr, elf Stunden, die Mittagspause

nicht mitgerechnet, für einen Euro die Stunde.

Eine mühselige Arbeit. Die Erwachsenen biegen die dicken Äste herunter, um die etwas höher gewachsenen zu erreichen, müssen sie in die Sträucher hineinsteigen. Die Nüsse werden in Körbe und Eimer gepflückt, in Säcke gefüllt, den Hang hinunter zur Straße geschleppt. Zwischen den Sträuchern wuchert Gestrüpp, manchmal sind die Hände voller Dornen.

Abends geht es zurück ins Lager der Wanderarbeiter. Eine Ansammlung von Autos und offenen Zelten, zumeist eine einzelne Plane auf Stangen. Auf dem staubigen Platz laufen zerzauste Hühner herum. Einzige Waschgelegenheit ist der Fluss, in den die umliegenden Dörfer ihre Abwässer hineinleiten. Auch das Wasser aus dem Kran kommt wohl von daher, „es stinkt“, sagt Zaras jüngster Bruder. Sollten Kinder unter solchen Bedingungen leben? „Wenn

ich zu Hause bleibe, haben die Kinder nichts zu essen, ist das dann besser?“, fragt Zaras Vater Nihat Kekliçi zurück. „Ich finde es furchtbar, es tut mir weh, aber wir können nicht anders“, sagt Mutter Nazli Yamuktu. „Glaub mir, an manchen Tagen will ich mich umbringen“, meint Nihat.

Sechs Monate im Jahr, zwischen April und Oktober, führen sie dieses Leben, wie schätzungsweise 1,5 Millionen Wanderarbeiter in der Türkei. Sie ziehen von Provinz zu Provinz, wo immer gerade etwas zu ernten ist, Aprikosen in Malatya, Tomaten in Konya, Baumwolle, Pistazien, Trauben, Haselnüsse in der Schwarzmeerprovinz Ordu.

Jedes Händepaar nötig

Zu Hause ist die Familie Kekliçi-Yamuktu 1000 Kilometer von hier entfernt, in der 400 000-Einwohner-Stadt Sanliurfa nahe der Grenze zu Syrien. Zu neunt bewohnen sie ein Zimmer. Zwei Teppiche, ein Kühlschrank, ein Fernsehapparat und die Matratzen, die abends aus dem Wandschrank geholt werden, sind die wesentlichen Einrichtungsgegenstände. Ihre Hausaufgaben macht Zara auf dem Fußboden. Wasser gibt es draußen auf dem Hof aus dem Gartenschlauch.

Seit vier Jahren brechen sie von hier aus in jedem Frühling auf. Zuvor hatte Nihat in einer Wäscherei in Sanliurfa gearbeitet, für sechs Euro am Tag: „Davon kann man keine Familie ernähren.“ In der Haselnussernte verdienen sie zu sechst 60 bis 70 Euro täglich; das Geld muss freilich noch fürs Winterhalbjahr reichen. „Wir brauchen jedes Paar Hände“, meint Zaras Mutter. Die der drei schulpflichtigen Kinder auch.

Wenn Zara mit ihrer Familie im April auf Wanderschaft geht, verpasst sie die letzten beiden Monate des Schuljahres, das im Juni endet. Wenn sie im Oktober zurückkehrt, sind die ersten vier Wochen des neuen Schuljahres schon vorbei. Sie versäumt so mehr als drei Monate Unterricht im Jahr. In ihrer Heimatprovinz Urfa mit 1,5 Millionen Einwohnern sind, wie die regionale Lehrgewerkschaft ermittelt hat, 70 000

Kinder in der gleichen Lage. Es sind 18 Prozent der Sieben- bis 15-Jährigen, die im Durchschnitt 22 Unterrichtswochen versäumen, weil sie beim Ernteeinsatz ihrer Eltern mithelfen müssen.

Im vorigen Jahr hat der niederländisch-türkische Fernsehjournalist Mehmet Ülger die Familie Kekliçi-Yamuktu durch die Sommermonate begleitet. An drei Stationen war die Kamera dabei. Bei der Abreise im April, als die Familie zunächst einige Tage am Rand eines Getreidefeldes kampierte, um Unkraut zu jäten. Im August bei der Haselnussernte. Und schließlich im Oktober bei der Rückkehr.

Als Mitte Oktober Ülgers Reportage im holländischen Nachrichtenmagazin „Een Vandaag“ ausgestrahlt wurde, verursachte sie einigen politischen Wellenschlag. Die Geschichte handelt schließlich auch von türkischen Wirtschaftsinteressen und europäischen Konsumgewohnheiten. Der Haselnusssektor ernährt in der Türkei acht Millionen Menschen und liefert einen jährlichen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) von zwei Milliarden Dollar. Haselnüsse machen ein Viertel des landwirtschaftlichen Exports aus. Hauptabnehmerland ist Deutschland, wo 27 Prozent der Ernte verbraucht werden. Auf dem Weltmarkt hat die türkische Haselnuss einen Anteil von 75 Prozent, wobei vier

Fünftel der Produktion in der Süßwarenindustrie weiterverarbeitet werden. Mit anderen Worten: Jedes Glas Nutella, jeder Schokoriegel, jedes Ferrero-Küsschen kann türkische Haselnüsse enthalten, mit Kinderarbeit gewissermaßen kontaminiert sein.

Der Vorsitzende des Verbandes der niederländischen Supermärkte, Marc Jansen, zeigt sich beim Anblick von Ülgers Filmmaterial sehr betroffen, Politiker aller Parteien in Den Haag fordern Abhilfe. Auch türkische Gesprächspartner, Hakan Karakas, Direktor einer Fabrik in Ordu etwa, die jährlich 23 Millionen Tonnen Haselnüsse verarbeitet, oder Ilker Kirçi, Manager einer Raffinerie für Haselnussöl, reagieren vor der Kamera peinlich berührt. Einzig der Arbeitsvermittler, der im Sommer die Zeltlager abklappert, um Erntehelfer zu rekrutieren, bequemt sich zu einem achselzuckenden Eingeständnis: „Wenn wir zwölf Leute beschäftigen, sind auch Kinder dabei, das ist normal“, sagt Mehmet Cilik. „Was sollen die Leute machen? Die brauchen das Geld.“

Kinderarbeit ist verboten

Kinderarbeit ist in der Türkei verboten und Orhan Düzgün, Gouverneur der Provinz Ordu, ist da ganz kategorisch: „Das Landwirtschaftsinstitut nimmt Kontrollen vor. Wenn wir feststellen,

dass man Kinder beschäftigt, ergreifen wir juristische Maßnahmen.“

Die Schulpflicht ist in der Türkei ein Verfassungsgrundsatz. Erziehungsberechtigten, die dagegen verstoßen, drohen Geldbußen, Wiederholungstätern sogar Gefängnis. Von all dem hat Nihat Kekliçi freilich nie etwas gemerkt. In den vier Jahren, in denen er sich mit der Familie als Erntehelfer verdingt, hat er keine Kontrollen erlebt, geschweige denn ein Bußgeld bezahlt: „Dabei wissen es alle, auch die Lehrer. Aber weil wir arm sind, drücken sie ein Auge zu.“

Für ihre Mitwirkung an der Film-Reportage haben er und seine Familie ein Honorar erhalten, von dem die Autoren hoffen, dass diese damit zu Hause eine Existenz aufbauen kann. „Ob den Eltern das gelingt, wissen wir nicht“, sagt Co-Autorin Astrid van Unen. „Wir wollen schon, dass deren Kinder es besser haben. Aber eigentlich geht es hier um alle Zaras in der Türkei.“

Winfried Dolderer,
Berlin-Korrespondent der Westfalenpost

Der Fernsehbericht ist auch in englischer Sprache als DVD erhältlich – und zwar als Langfassung „Children of the Season“ über den Autor Mehmet Ülger: www.U-producties.nl

Während der Haselnussernte leben die Wanderarbeiterfamilien in einfachen Zelten – ohne Strom und unter unzumutbaren hygienischen Bedingungen.



Foto: Astrid van Unen

Bitterer Beigeschmack



Mit einer Machete oder einem Holzschläger werden die Früchte geöffnet. Die Kakaobohnen mit dem weißen, glibberigen Fruchtfleisch müssen herausgelpult werden. Eine Arbeit für Kinder und Erwachsene.

// In der meisten Schokolade steckt Kinderarbeit. //

Über zehn Kilogramm Schokolade isst jeder Deutsche pro Jahr. Ein Großteil des verarbeiteten Kakao kommt von der Elfenbeinküste. Dort werden noch immer über 200 000 Kinder ausgebeutet – bei Ernte und Produktion der wertvollen Bohne.

Die Ernte ist ein Knochenjob. Da muss jedes Mitglied der Familie Kaboré ran. Bei feucht-heißen Temperaturen, von Sonnenauf- bis Sonnenuntergang, schuften sie auf ihrer kleinen Pflanzung im Süden der Elfenbeinküste. Zweimal im Jahr, über mehrere Monate. Während Kakaobauer Victor Kaboré die reifen, gelb-orangefarbenen Früchte von den Bäumen abtrennt, stapeln Frau und Kinder sie in einem großen Korb, den sie auf dem Kopf zur Sammelstelle tragen. Der 12-jährige Bernard, ein kleiner, drahtiger Junge, schnauft, als er seine Last ablädt. „Das Schleppen ist das Schlimmste“, erzählt er mit leiser Stimme dem WDR-Fernsehteam und wischt sich den Schweiß von der Stirn. „Es ist so anstrengend.“ Später sitzen sie zusammen und trennen mit der messerscharfen Machete, lang wie ein Kinderarm, die Früchte auf. Dann pulen sie die Bohnen mit dem

weißen, glibberigen Fruchtfleisch heraus. Dabei müssen alle helfen, auch die Kinder. Eine gefährliche Arbeit, bei der sie sich immer wieder verletzen. Diese Bilder strahlte das ARD-Magazin Plusminus aus. Seit vier Jahren hilft Bernard seinen Eltern bei der Ernte. Danach müssen die Bäume beschnitten und die Pflanzung gepflegt werden. Eigentlich sollten er und seine jüngeren Geschwister die Schulbank drücken. Doch Victor Kaboré kann auf ihre Arbeitskraft nicht verzichten. „Ich habe kein Geld für erwachsene Angestellte. Was soll ich tun?“ Er hebt fragend die Schultern. „Wo immer du sparen kannst, machst du es. Auch wenn du es nicht willst.“ Ohne die Mitarbeit seiner Kinder würden die Früchte an den Bäumen verfaulen.

Chronische Schmerzen

Friedel Hütz-Adams vom Forschungsinstitut Südwind hat in der Studie „Die dunklen Seiten der Schokolade“ die Arbeitssituation im Kakaoanbau untersucht. Er kommt zu dem Schluss, dass viele Kinder, die zu harte Arbeiten ausführen, unter chronischen Nacken- und Rückenschmerzen leiden, die zu dauerhaften Schäden führen können. „Viele Kinder klagen über Migräne. Wir vermuten, dass die durch den Kontakt

zu Spritzmitteln hervorgerufen wird“, so Hütz-Adams. Victor Kaboré ist einer von 600 000 Kakaobauern an der Elfenbeinküste: Die überwiegende Mehrheit bewirtschaftet kleine Plantagen von höchstens drei Hektar. Weil sie selbst keine Transportmöglichkeiten besitzen, verkaufen sie ihre fermentierten und getrockneten Bohnen an Zwischenhändler, sogenannte „pisteurs“, die mit ihren Lastwagen die abgelegenen Dörfer abklappern. Weil Victor Kaboré jedoch nie weiß, ob und wann der nächste Aufkäufer kommen wird, bleibt ihm nichts anderes übrig, als die Bohnen zur vom Händler vorgeschlagenen Summe zu verkaufen. Obwohl sich die Kakaopreise auf dem Weltmarkt im Höhenflug befinden, kommt der Gewinn bei Kaboré und seinen Kollegen nicht an. Magere 40 Prozent des Exportpreises erhalten sie, das ist bedeutend weniger als in den Nachbarländern. Der Rest geht für Steuern, Transportkosten und die Gewinnmargen der Zwischenhändler drauf. Das Einkommen der Bauernfamilien reicht kaum zum Leben.

Kakaoland Nummer eins

Die Elfenbeinküste ist mit einem Anteil von 40 Prozent am weltweit gehandelten Kakao das Exportland Nummer eins.

Etwa 1,3 Millionen Tonnen der begehrten Bohnen werden dort im Jahr produziert. Dennoch gehört der Staat zu den 20 ärmsten Ländern der Welt. Obwohl die Elfenbeinküste die Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) gegen die schlimmsten Formen der Kinderarbeit sowie für das Mindestalter der Beschäftigten ratifiziert hat, ist Kinderarbeit ein gravierendes Problem: Nach unterschiedlichen Schätzungen arbeiten allein auf den Kakaoplantagen 200 000 bis 250 000 Minderjährige. Weitere 500 000 verrichten leichtere Arbeiten. Lediglich 63 Prozent der Kinder aus dem gesamten Kakaosektor besuchen eine der wenigen, schlecht ausgestatteten Schulen. Dass die Kinder nicht lesen und schreiben lernen, hat gravierende Folgen für die gesamte ivoirische Gesellschaft. Sie haben keine Aussicht auf bessere Arbeitsplätze, das führe zu einer „Zementierung der Armut der Bauern“, so Friedel Hütz-Adams. Doch es sind nicht nur die eigenen Kinder, die in den Plantagen schufteten. In dem Plusminus-Beitrag kommt auch der 15-jährige Daniel zu Wort. Er stammt aus dem Nachbarland Burkina Faso und wurde vor fünf Jahren von Victor Kaboré gekauft. Nach neuesten Studien sollen noch immer bis zu 12 000 Kinder aus den Nachbarstaaten Mali, Togo und Burkina Faso auf den Kakaoplantagen in der Elfenbeinküste ausgebeutet werden. Sie malochen ohne Bezahlung und bekommen gerade so viel zu essen, dass sie nicht verhungern.

Wenig Konsequenzen

Seit der britische Fernsehsender Channel 4 vor gut zehn Jahren erstmals die schockierenden Bilder von Kindersklaven im Kakaoanbau zeigte, sind diese Missstände bekannt. Dennoch beziehen die großen Schokoladenhersteller wie Ferrero, Nestlé, Kraft oder Mars weiterhin den Großteil ihrer Rohware aus der Elfenbeinküste. Von dort kommt auf offiziellen und inoffiziellen Wegen über die Hälfte des insgesamt in Deutschland verarbeiteten Kakao. „Der Bedarf der deutschen Schokoladenindustrie ist so hoch, dass sie auf die Rohware aus der Elfenbeinküste nicht verzichten könnte“, sagt Torben Erbrath, Sprecher des Bundesverbands der deutschen

Süßwarenindustrie. Folglich bestätigt Paul de Petter, Afrika-Chef des Schweizer Konzerns Barry Callebout, über den viele Unternehmen Kakaohalbfabrikate beziehen, gegenüber einem Schweizer Fernseherteam: „Niemand kann garantieren, dass keine Kinderarbeit im Kakao steckt.“ Dabei haben sich die Hersteller bereits im Jahr 2001 im sogenannten „Harkin-Engel-Protokoll“ verpflichtet, die „schlimmsten Formen der Kinderarbeit“ in der Kakaoindustrie zu bekämpfen. Diese Vereinbarung kam erst auf massiven politischen Druck aus den USA zustande. Bis zum 1. Juli 2005, wurde im Protokoll festgelegt, sollte ein Zertifizierungssystem entwickelt werden, mit dem der Kakao gekennzeichnet werden sollte, der ohne die Ausbeutung von Kindern hergestellt wurde. Doch die Umsetzung der Vereinbarungen wurde immer weiter hinausgeschoben, aktuell auf das Jahr 2011, und auch die Ziele wurden verwässert. „Das ursprüngliche Harkin-Engel-Protokoll ist tot“, urteilt Friedel Hütz-Adams. Für Hütz-Adams ist die Problematik der Kinderarbeit komplex. Ein Verbot allein würde die Situation nicht verbessern. Ein wichtiger Aspekt ist eine gerechtere Bezahlung der Bauern. „Die Armut ist ein wichtiger Grund, warum Kinder nicht zur Schule gehen. Deshalb kann Kinderarbeit nur bekämpft werden, indem auch die Armut verringert wird“, sagt Friedel Hütz-Adams.

Konzerne unter Zugzwang

Weil auch die Produktionsmengen der Elfenbeinküste zurückgehen, stehen die Konzerne unter Zugzwang. Viele Projekte und Initiativen wurden gegründet, die regional und unabhängig voneinander arbeiten. Die meisten legen eigene Programme auf, um Ernteerträge und Qualität des Kakao zu verbessern. Das erleichtert die Rohstoffbeschaffung – und werde, so ihre Argumentation, auch die Einkommenssituation der Bauern verbessern. So investieren beispielsweise Barry Callebout und Nestlé in die Ausbildung von Landwirten und in die Qualitätsverbesserung. Viele der Kakaoriesen sind zudem Mitglieder der 2000 gegründeten Weltkakaostiftung. Im Februar 2010 hat diese zusammen mit der „Bill & Melinda Gates Stiftung“ das Programm „Lebensgrundlage Kakao“ gegründet. Die

Initiative will die Lebensverhältnisse von 75 000 ivoirischen Bauern verbessern. Der umsatzstärkste Produzent Mars hat eine Kehrtwendung angekündigt. In einer Absichtserklärung verpflichtet sich der Konzern, bis 2020 nur noch Kakao aus zertifiziertem und nachhaltigem Anbau zu verwenden. Dabei will Mars aber nicht mit den anerkannten Organisationen des Fairen Handels zusammenarbeiten, sondern mit „Rainforest Alliance“ und „Utz Certified“, mit denen auch andere Konzerne kooperieren. Eine Mindestpreisgarantie und ein Vorschuss auf die Ernteeinnahmen sind nicht vorgesehen. Nur das Fairtrade-Siegel, das in Deutschland nicht einmal ein Prozent der verkauften Schokoladenprodukte zielt, zeigt an, dass die Bauern garantiert fair bezahlt werden. Die zertifizierten Bauern erhalten einen Mindestpreis sowie Zusatzprämien, um Gemeinschaftsprojekte im Dorf zu bauen. Nach Einschätzung von Hütz-Adams führten eine Steigerung der Erntemengen sowie der Qualität des Kakao mittel- und langfristig nicht notwendigerweise zu höheren Einkünften. Im Gegenteil: „Durch die besondere Struktur des Marktes droht bei einer deutlichen Steigerung der Erntemengen ein Preisverfall – und damit eine Verschärfung der Situation der Bauern.“ So begrüßt Friedel Hütz-Adams die Initiative des britischen Schokoladenherstellers Cadbury. Der hat zusammen mit der Organisation Transfair angekündigt, seine Schokolade „Cadbury Dairy Milk“ bis 2013 aus fair gehandelten Bohnen herzustellen. Wenn Cadbury umgestellt habe, seien immerhin 15 Prozent des britischen Kakaobedarfs fair gehandelt, errechnet Hütz-Adams. Ähnliche weitreichende Schritte der deutschen Schokoladenhersteller sind noch nicht in Sicht.

Michaela Ludwig,
agenda

Literaturhinweis:

Die dunklen Seiten der Schokolade: „Große Preisschwankungen, schlechte Arbeitsbedingungen der Kleinbauern“: Studie des Forschungsinstituts Südwind über die Arbeitsbedingungen im Kakaoanbau. Kurz- und Langfassung sind zu finden auf der Südwind-Homepage: www.suedwind-institut.de

Garantiert kinderarbeitsfrei!?



Es geht auch anders: fair produzierte Rosen aus Kenia. Die Rosenfarm Panda Flowers, die 100 Kilometer nördlich von Nairobi liegt, gehört zu den 13 Blumenfarmen in Kenia, die Rosen mit einem Gütesiegel von Fairtrade verkaufen können.

Foto: Martina Hahn

// So erkennt man fair gehandelte Waren. //

Zu Ostern der Schokoladenhase, zu Weihnachten das Handy und zum Geburtstag die coolen Turnschuhe oder die neueste Puppe – womit man dem Nachwuchs Freude macht, wissen die meisten Eltern. Dabei ignorieren sie gerne eines: Ein erheblicher Teil der Waren, die wir Tag für Tag konsumieren und nutzen, wird in armen Ländern von Kindern aus Minen geschaufelt, auf Plantagen geerntet oder in Fabriken zusammengebaut und -genäht. Doch zunehmend wollen Verbraucher beim Einkauf sicher sein, dass das erworbene Produkt unter menschenwürdigen Bedingungen und ohne Kinderarbeit hergestellt worden ist. Inzwischen bieten seriöse Siegel Orientierung.

Richtschnur Fairtrade

Das bekannteste soziale Produktsiegel ist das Fairtrade-Siegel. Die dafür entwickelten Standards verbieten illegale Kinderarbeit. Dass ein Kind wenige Stunden

am Tag auf dem Feld oder in der Werkstatt mithilft, ist hingegen erlaubt – und entspricht auch der Lebensrealität in den meisten armen Ländern. „Entscheidend ist, dass diese Mitarbeit nicht die Gesundheit des Kindes gefährdet oder seinen Schulbesuch verhindert“, sagt Claudia Brück, Sprecherin der deutschen Siegelorganisation TransFair. Dabei tragen fair gesiegelte Produkte generell dazu bei, den Teufelskreis aus Armut, Kinderarbeit und mangelnder Bildung zu durchbrechen: „Wenn Erwachsene besser verdienen, müssen sie ihre Kinder auch nicht aufs Feld schicken“, sagt Brück. Und doch kann selbst das streng kontrollierte Fairtrade-System nicht immer garantieren, dass das Produkt kinderarbeitsfrei ist. Gerade in Westafrika sind Fairtrade-Kontrolleure schon bei einzelnen Familien, die einer Partner-Kooperative angehörten, auf Kinder gestoßen, die in den Kakaoplantagen schufteten. „Es ist mitunter schwer, die Bauern zu überzeugen, dass sie etwas Unrechtes machen“, sagt Brück. „Probleme entstehen, wenn Theorie auf Wirklichkeit stößt.“

Seriöse Produktsiegel

Lebensmittel

Bei Lebensmitteln ist das blau-grüne Fairtrade-Siegel weit verbreitet. Entwickelt hat es die Fairtrade Labeling Organizations International (www.fairtrade.net), kurz FLO. In Deutschland vergibt TransFair (www.transfair.org) das Gütesiegel und zeichnet damit nicht nur Tee, Kaffee, Bananen (hier auch www.banafair.de), Schokolade, Kekse, Honig, Reis, Wein oder Orangensaft aus, sondern auch Bälle, Baumwolle und demnächst Holz. Der Verbraucher weiß damit, dass die Hersteller die UN-Kinderrechtskonvention sowie die International Labour Organization (ILO)-Konvention 182 gegen die schlimmsten Formen der Kinderarbeit einhalten. Das Fairtrade-Siegel garantiert dem Kunden im Falle von Lebensmitteln zudem, dass die Produzenten über einen längeren Zeitraum einen garantierten Mindestpreis für ihre Produkte bekommen. Ein Extra ist die Fairtrade-Prämie: Kooperativen können diesen Aufschlag frei verwenden und damit etwa eine Schule oder die Umstellung auf Bio-Landbau finanzieren.

Nahrungsmittel, Spielzeug, Keramik, Möbel oder Schmuck, die ohne Kinderarbeit entstanden sind, bieten auch alle Weltläden (www.weltladen.de) und die Online-Shops anerkannter Importorganisationen an wie Gega (www.gepa.de), dritte-welt-partner dwp (www.dwp-rv.de), El Puente (www.elpuente.de), Gebana (www.gebana.com) oder Contigo (www.contigo.de). Diese Anbieter verzichten teilweise auf das Fairtrade-Siegel – weil sie ihre Waren direkt von verlässlichen Produzentenvereinigungen beziehen.

Tipps:

- Anbieter von Fairtrade-Produkten sind im Internet unter www.transfair.org/produkte/fair-einkaufen zu finden.
- Eine Liste sozialer Spielzeughersteller und Händler hat die Kampagne „fair spielt“ (www.fair-spielt.de) zusammengestellt.



Mode und Textilien

Allerdings gibt es noch kein Gütesiegel für ein fertiges Kleidungsstück, das keine Minderjährigen zusammengenäht haben. Die Siegelorganisation TransFair zertifiziert bislang lediglich den Rohstoff Baumwolle. Das Siegel „Fairtrade certified cotton“ garantiert dem Verbraucher aber, dass auf den Baumwollfeldern keine Kinder beschäftigt werden und die erwachsenen Pflücker einen fairen Lohn oder Preis für ihre Ernte bekommen. Laut TransFair halten sich auch die Akteure der nachfolgenden Produktionskette – also die Betriebe, die Näher in Bangladesch beschäftigen, oder die Konfektionsfirmen in der Türkei – an die ILO-Kernarbeitsnormen. Eine Liste der Anbieter von T-Shirts oder Jeans aus Fairtrade-Baumwolle ist unter www.transfair.org/produkte/produktdatenbank einzusehen. Auch die Fair Wear Foundation (www.fairwear.org) nennt auf ihrer Website Textilunternehmen, die Kinderarbeit verbieten. Einen Leitfaden „Sozial-ökologische Mode auf dem Prüfstand“ hat zudem das Südwind-Institut (www.suedwindinstitut.de) erstellt. Faire Mode ist außerdem in Weltläden erhältlich.

Tipps:

- Weder das Etikett „Made in Germany“ noch ein hoher Preis garantieren dem Verbraucher, dass bei der Produktion der Kleidung keine Kinderarbeit mit im Spiel war. Aber: Billig ist automatisch unfair. Man muss kein Rechenkünstler sein, um zu ahnen, wie wenig Geld bei einem Hemd unter vier Euro bei der Näherin bleibt.
- Weitere Infos über die Kampagne für saubere Kleidung unter www.sauberekleidung.de.

Vorsicht: Billigangebote

Natursteine

An die Situation der oft minderjährigen Sklavenarbeiter in Steinbrüchen Indiens und Chinas denkt kaum ein Konsument, der hierzulande im Baumarkt oder Gartencenter nach dem billigsten Angebot für die neue Küchenplatte oder den Terrassenbelag sucht – zumal er im Laden nicht zwingend auf die Herkunft des Gesteins aufmerksam gemacht wird. Doch Verbraucher können bereits Natursteine kaufen, die nachweislich ohne Aus-

beutung von Kindern aus dem Boden geschlagen worden sind. Dem Ziel, Kinder- und Sklavenarbeit in den Steinbrüchen der Billiglohnländer zu beseitigen, haben sich sowohl der Verein Xertifix (www.xertifix.de) als auch die Initiative Fair Stone des Unternehmens win=win (<http://fairstone.win-win.de>) verschrieben. Beide Websites nennen die Lizenznehmer, Händler und Steinmetze, zu deren Sortiment auch fair gesiegelte Natursteine gehören.

Tipps:

- Vorsicht gegenüber den Verhaltenskodizes vieler Natursteinhändler, Baumärkte oder Küchenhersteller: Nachvollziehbare Infos über Produzenten oder Lieferwege bekommt der Kunde fast nie. Viele verweisen auf „kinderfrei“-Garantien, die sie von den Zulieferern schriftlich erhalten haben – doch „in Indien kann man für ein paar Cent jedes Zertifikat kaufen“, warnt Benjamin Pütter, Kinderarbeitsexperte des Hilfswerks MISEREOR.

Krasse Bedingungen

Blumen

In Deutschland verkaufte Nelken, Rosen oder Lilien stammen größtenteils aus Kolumbien, Kenia, Ecuador, Simbabwe und Tansania, zunehmend auch aus China oder Indien. Die Arbeitsbedingungen auf den Plantagen sind alles andere als fair. In der Regel verdient eine Blumenarbeiterin in Kenia am Tag weniger, als eine Rose bei uns im Laden kostet. Es kommt hinzu, dass die Arbeiter – darunter auch viele Minderjährige – auf den Blumenfeldern giftigen Pflanzenschutzmitteln ausgesetzt sind. Wer als Verbraucher sichergehen möchte, dass seine Blumen nicht von Kinderhänden geschnitten worden sind, kann sich an zwei Siegeln orientieren: am Siegel des „Flower Label Programm“ (FLP, www.fairflowers.de) und des Projekts „Fair Flowers Fair Plants“ (www.fairflowersfairplants.com). Auch Rosen mit dem blau-grünen Fairtrade-Siegel kann man bedenkenlos kaufen.

Tipps:

- Beide Siegelorganisationen nennen über eine Internet-Suchmaschine auf ihrer Website alle deutschen Floristen, die fair gehandelte Blumen anbieten – darunter der Lebensmittel-

discounter Rewe oder die Ladenkette Blume 2000.

Teppiche

Wer beim Kauf eines Teppichs darauf achten will, dass kein Kind in Indien, Pakistan, Nepal oder Afghanistan das edle Stück geknüpft hat, kann sich an zwei Gütesiegeln orientieren: GoodWeave und STEP. GoodWeave (www.goodweave.de) hat 2009 das Rugmark-Siegel ersetzt und wird von TransFair betreut. Der Verein vergibt das Produkt-Siegel an Hersteller und Exporteure, die sich verpflichten, keine Kinder unter 14 Jahren zu beschäftigen, den Erwachsenen gesetzliche Mindestlöhne zu zahlen und in den Knüpfwerkstätten unabhängige und unangekündigte Kontrollen zuzulassen. Unter dem Produktzeichen ist es durchaus erlaubt, dass Kinder zu Hause, in den kleinen Werkstätten der Familien, ein bis zwei Stunden am Tag am Webstuhl mithelfen – solange sichergestellt ist, dass sie die Schule besuchen. Das Gütesiegel STEP (www.label-step.org) hingegen ist ein Firmensiegel. Kriterien sind: keine Kinderarbeit, faire Einkaufspreise und faire Löhne. Partner beider Teppich-Initiativen finden sich auf der jeweiligen Website. Ein weiterer Anbieter ist Rug Star Berlin (www.rugstar.com).

Tipps:

- Als wenig transparent gilt das brancheneigene Etikett der Teppichimporteure „Care & Fair – Teppichhandel gegen Kinderarbeit e. V.“ (www.care-fair.org).

Martina Hahn,
freie Journalistin

■ **Weitere Infos: Einen hervorragenden Überblick über den Fairen Handel bietet das Forum Fairer Handel (www.forum-fairer-handel.de) in Berlin.**

Literatur-Tipp: „Fair einkaufen – aber wie?“ von Martina Hahn

und Frank Herrmann; Verlag Brandes & Apsel, Frankfurt a. M., 4. aktualisierte Auflage, 2012, 248 Seiten, 24,90 Euro.





Weltweit gibt es zirka 215 Mio. Kinder im Alter zwischen fünf und 15 Jahren – fast jedes fünfte Kind dieser Altersgruppe –, die für ihre und die Existenzsicherung ihrer Familien arbeiten müssen. Weltweit werden 6,2 Mio. Kinder in Sklaven- oder Zwangsarbeit geknechtet.

„Alles Schoko – oder was?“

// Infos, Materialien und Aktionsvorschläge //

Wer beim städtischen Bestattungsinstitut in München ein Grab erwirbt, erhält mit dem Kaufvertrag eine Broschüre ausgehändigt: „Grab- und Natursteine fair einkaufen – ausbeuterische Kinderarbeit verhindern“. Kurz und knapp wird das Problem beschrieben. Danach folgen Adressen von

Steinmetzen aus der Region, die sich verpflichtet haben, nur „sauberes“ Material zu verarbeiten.

Das Thema Kinderarbeit lässt sich im Unterricht vielleicht besser mit jugendtypischeren Produkten als Grabsteinen aufgreifen. Einige Beispiele aus einer breiten Palette von Informationsangeboten:

„Anziehend anders“ heißt der zehnmünütige Film von Fairtrade über Baum-

wollanbau und -verarbeitung zu akzeptablen Bedingungen in Burkina Faso. „Die ganze Familie hilft bei der Ernte“, berichtet ein Bauer. Produziert wird ohne Pestizide. Mit der Extraprämie des „fairen“ Händlers hat das Dorf eine Schule gebaut. Die DVD ist Teil der Broschüre „Fairtrade-Baumwolle. Ein Gewinn für alle“, in der man Hintergrundmaterial zur „leidvollen Geschichte des weißen Goldes“, zum Ernteeinsatz klei-

ner Kinder und zu Alternativen findet. Mehr Infos unter: www.transfair.org. Einen Designer von Luxusklamotten, der in seinen Boutiquen nur Ware verkauft, die ohne Kinderarbeit hergestellt wurde, präsentiert die DVD der Welthungerhilfe: „Kinderarbeit – aus der Mode!“ Je nach Verwendungszweck gibt es das Video in einer Sechs- und in einer 45-Minuten-Fassung. Per Fax zu bestellen unter: 0228/2288-333.

Wer die Antwort auf die Frage, wo bekomme ich fair erzeugte Produkte, d. h. einschlägige Läden, sucht, braucht lokale Hilfe: Oft geben Kommunen oder Eine-Welt-Initiativen handliche Ratgeber unter dem Motto „Fairer Einkauf in xy. Gewusst wo!“ heraus.

„Wer ist schuld, dass Vinod lebenslang arm bleiben wird?“ Unter diesem Titel hat des hommes eine komplette Unterrichtseinheit „Ausbeutung für den Weltmarkt: Natursteine aus Indien – Handelsstrukturen, Problembereiche und Lösungsansätze“ zusammengestellt. Bezug über: www.tdh.de. Die Materialie richtet sich vor allem an ältere Schüler.

Um bei den Kleineren Sensibilität fürs Thema zu wecken, eignet sich der Vorschlag der Welthungerhilfe, ein „kinderarbeitsfreies Frühstück“ mit regionalen, saisonalen und fair gehandelten Produkten in Kita oder Grundschule zuzubereiten. Weitere Anregungen – Rezepte inklusive – enthält das Materialheft „Lernen hilft Leben. Globales Lernen in der Schule“ (mehr dazu: www.welthungerhilfe.de).

„Alles Schoko – oder was?“ heißt die Materialbox der GEPA für den spielerischen Einstieg ins Thema „Fairer Handel“ (www.gepa.de). Weniger didaktisch als direkt führt die WDR-Produktion „die story: Kindersklaven“ von Rebecca Gudisch und Tilo Gummel in die Problematik ein. Das Reporterteam zeigt in dem halbstündigen Film verschleppte Kinder, die in Indien ihre Gesundheit beim Schweißen, beim Herstellen von Modeschmuck oder im Steinbruch ruinieren. Der Film kann über den GEW-Shop bestellt werden. Einen kompakten und anregenden Orientierungsleitfaden bietet schließlich die Broschüre „Kinderarbeit – Was wir tun können“ von terre des hommes. Was wir tun

können“ (weitere Infos: www.tdh.de). Vorgestellt werden Projekte, wie man Kinder beschult, die gezwungen sind, zum Familienunterhalt beizutragen. Daneben enthält die Materialie viele Adressen zum fairen Handel. Außerdem wird die Rolle der öffentlichen Hand thematisiert als „größter Konsument“ von Natursteinen, Berufsbekleidung, Sportbällen, Kaffee, Tee, Orangensaft, Kakaoprodukten, Spielzeug und Blumen. Wer nicht nur erreichen will, dass Kinder und Jugendliche ihr eigenes Einkaufsverhalten verändern, sollte Kinderarbeit auf Elternabenden zum Thema machen, auch bei der Schulleitung vorstellig werden und sich Aktionen für die kommunale Öffentlichkeit einfallen lassen. Die Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW hat zum Thema Kinderarbeit ebenfalls eine Auswahl von Literatur zusammengestellt – zum Selberlesen, für Klassenlektüre oder als Anregung für Gruppen und Projektarbeiten: Ahrens, Thomas: Der Ball ist rund. Globalisierungskrimi. Theaterstück und Materialheft des GRIPS-Theaters, Autorenagentur, Berlin 2003, für Menschen ab zehn, vier Euro (www.ajum.de/html/hwp/hwp_2005.pdf). Grindley, Sally: Das Mädchen Lu Si-Yan. Bloomsbury/Berlin Verlag, Berlin 2006, Lesealter: zehn bis 15 Jahre, 14,90 Euro (www.ajum.de/anzeige.php?id=16070640). Ben Julloun, Tahir: Die Schule der Armen. Rowohlt-Berlin, Berlin 2002, zehn bis 13 Jahre, 14 Euro (www.ajum.de/anzeige.php?id=16021243). D'Adamo,

Francesco: Iqals Geschichte. Peter Hammer, Wuppertal 2003, ab zwölf Jahren, elf Euro (www.ajum.de/anzeige.php?id=12030606). Philipps, Carolin: Made in Vietnam. Ueberreuter, Wien 2009, zwölf bis 17 Jahre, 9,95 Euro (www.ajum.de/anzeige.php?id=1809224). Günther, Herbert: Mach's gut, Lucia. dtv, Reihe Hanser, München 2006, ab zwölf Jahre, 7,50 Euro (www.ajum.de/anzeige.php?id=1906170). Engelmann, Reiner: Kinder – ausgegrenzt und ausgebeutet. Horlemann, Bad Honnef 2008, zwölf bis 17 Jahre, 12,90 Euro (www.ajum.de/anzeige.php?id=1408155). Werner-Lobo, Klaus: Uns gehört die Welt! Macht und Machenschaften der Multis. Hanser, München 2008, 16,90 Euro (www.ajum.de/anzeige.php?id=1410154). Lenz, Jo: Max Ball – Im Abseits durch Europa. Hans Kaiser, Fürstfeldbruck 2006, ab sechs Jahre, 14,40 Euro (www.ajum.de/azeige.php?id=10070827102). *Die komplette Bücherliste finden Sie unter: www.gew.de/Arbeitsgemeinschaft_Jugendliteratur_und_Medien_AJuM.html.

Zusammengestellt von
Helga Ballauf,
freie Journalistin

Weitere Adressen:

www.transfair.org
www.welthungerhilfe.de
www.tdh.de
www.brot-fuer-die-welt.de
www.fairtrade.de
www.suedwind.org
www.eed.de
www.gepa.org
www.kindernothilfe.de



Der Film „die story: Kindersklaven“ kann über den GEW-Shop bestellt werden: www.gew-shop.de

„Lehrkräfte sind wichtige Multiplikatoren“

// Dank des Netzwerks Faire Metropole Ruhr* kaufen heute über 50 Städte, Gemeinden und Kreise im Pott keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit mehr ein. Für ihr Engagement wurde die Initiative im März mit dem Fairtrade Award 2012 ausgezeichnet. Ein Interview mit Netzwerk-Sprecherin Vera Dwors. //



Foto: dpa

Vera Dwors

E&W: Frau Dwors, jeder Verbraucher kann im Supermarkt oder Weltladen fair gehandelten Kaffee kaufen. Aber kann eine Stadt oder gar eine ganze Region fairer Kunde sein?

Vera Dwors: Selbstverständlich. Kommunen sind sogar der größte Konsument im Land. Jährlich vergibt die öffentliche Hand bundesweit Aufträge im Wert von etwa 360 Millionen Euro, kauft beispielsweise Kaffee fürs Rathaus, Bälle für die Schulen und Kindergärten, Uniformen für Polizei und Feuerwehr oder Pflastersteine für den Platz vor dem Rathaus. Viele dieser Produkte werden jedoch unter unfairen Bedingungen gefertigt. Mitunter ist so-

gar noch Kinderarbeit an der Tagesordnung.

E&W: Die Region Ruhr nennt sich Faire Metropole Ruhr. Was macht der Pott anders als der Rest der Republik?

Dwors: Alle 54 Kommunen der Kulturhauptstadt sowie vier Landkreise haben sich 2010 über eine „Magna Charta Ruhr“ verpflichtet, bei den öffentlichen Ausschreibungen keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit mehr zu kaufen. Das heißt konkret: Vor der Vergabe schauen die Stadträte nicht mehr wie früher nur darauf, welcher Anbieter am billigsten liefern kann. Sondern vielmehr, welcher Anbieter auch soziale Kriterien berücksichtigt, eben Produkte anbietet, für deren Herstellung in Asien, Osteuropa, Lateinamerika oder Afrika niemand ausgebeutet wurde. Begonnen hat das Projekt 2008 als Netzwerk faire Kulturhauptstadt Ruhr 2010.

E&W: Haben die 54 Kommunen der Ruhr-Region alle gleich mitgemacht?

Dwors: Nein. Im Gegenteil. Da gab es seitens vieler Stadtvertreter schon Bedenken und auch Hindernisse. Bis wir die ersten Unterschriften zusammenhatten, schleppte sich das Ganze ganz schön hin. Kurz vor der Deadline der offiziellen gemeinsamen Unterzeichnung am 12. Juni 2010, dem Tag gegen ausbeuterische Kinderarbeit, hatten wir gerade mal die Hälfte der Unterschriften zusammen – doch dann ging es plötzlich ganz schnell.

E&W: Was sind die nächsten Schritte des Netzwerks?

Dwors: Wir wollen die Arbeit des Netzwerks, in dem viele Nichtregierungsorganisationen, Vereine, Ehrenamtliche sowie Vertreter aus Ämtern, Politik und Wirtschaft mitarbeiten, ausweiten. Mit dem Kampf gegen Kinderarbeit ist es ja nicht getan. Es reicht auch nicht, den Kommunen zu sagen: Toll, ihr habt jetzt unterschrieben – aber wir sind dann mal weg. Nein, das Netzwerk hat weitere Aufgaben vor sich: Wir wollen die Men-

schen für fairen Handel und generell ein nachhaltigeres Konsumverhalten sensibilisieren. Und die Kommunen weiter beraten, wie sie ihr Beschaffungswesen umstellen und fair einkaufen können.

E&W: Fällt das der öffentlichen Hand denn so schwer?

Dwors: Ja. Etliche Kommunen brauchen diese Unterstützung. Denn es ist mitunter nicht einfach, sich im Paragrafendschungel der öffentlichen Ausschreibungen zurecht zu finden – auch für die Experten in den Beschaffungsämtern. Dort herrscht oft auch Unsicherheit: Viele Ämter fürchten, dass Ausschreibungsverlierer klagen, sie seien benachteiligt worden. Wir bereiten die Beschaffer darauf vor, wie die Ausschreibung zu formulieren ist, damit es erst gar nicht zu juristischem Streit kommt.

E&W: Können sich finanzschwache Kommunen faire Produkte überhaupt leisten?

Dwors: Ja, obwohl in der Ruhr-Region viele Kommunen an leeren Kassen leiden und nur über Nothaushalte wirtschaften. Dort wird schon gefragt, ob man sich das teurere, wenngleich faire und nachhaltigere Angebot leisten kann. Andererseits muss fairer Konsum nicht zwingend teurer sein. Will eine Stadt den Platz vor dem Rathaus mit fairen Natursteinen pflastern, kann sie ihn so gestalten, dass ein paar Reihen Steine weniger notwendig sind – und schon werden die Mehrkosten kompensiert.

E&W: Und wie bringt man die Idee einer fairen Metropole an die Endverbraucher?

Dwors: Indem wir uns auch an Schulen wenden – Lehrkräfte sind wichtige Multiplikatoren des fairen Gedankens. Und schließlich können ja auch Schulen fair einkaufen, etwa den Tee für die Kantine, den Kaffee für Feste oder die Schokoriegel für den Kiosk. Wir stellen Lehrerinnen und Lehrern aber auch für

die jeweilige Altersgruppe der Schüler passendes Unterrichtsmaterial zur Verfügung und vermitteln Experten zum Thema.

E&W: Was raten Sie anderen Organisationen, die in ihrer Stadt einen fairen Konsum anstoßen wollen?

Dwors: Sich zu vernetzen, ist ganz wichtig. Gut ausgebildete Leute zu haben, die den städtischen Angestellten im Beschaffungsamt kompetent beraten

können. Und sich nicht nur an eine politische Partei zu hängen – das fordert oft automatisch den Widerstand der Opposition heraus.

E&W: Und wenn sich der Bürgermeister der Idee einer fairen Beschaffung gänzlich verweigert?

Dwors: Dann fragen Sie ihn, am besten im Beisein von Journalisten: Wollen Sie wirklich, dass Ihre Wähler über einen Rathausplatz laufen, für den sich Kinder

blutig und krank geschuftet haben? Ich bin überzeugt: Er wird seine Meinung ganz schnell ändern.

Interview: Martina Hahn,
freie Journalistin

[*www.faire-metropole-ruhr.de](http://www.faire-metropole-ruhr.de)



Jeder Verbraucher kann im Weltladen oder Supermarkt fair gehandelte Produkte erwerben. Auch Kommunen können fair einkaufen.



Foto: Kay Herschelmann

ULRICH THÖNE

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

// Kinder arbeiten unter menschenverachtenden Bedingungen im Kaffeeanbau, in Baumwollplantagen, bei der Haselnussernte, in Steinbrüchen oder Minen. Das ist erschütternd. //

Über das eigene Konsumverhalten können wir die Nachfrage nach kinderarbeitsfreien Produkten erhöhen. Da ziehen wir alle an einem Strang: Du, ich, unsere Familienmitglieder und Freunde und natürlich die Millionen Lernenden in den Bildungseinrichtungen in Deutschland mit ihren Familien. So wichtig das ist – geänderte Kaufentscheidungen können nur mittel- und langfristig wirken; denn die Wirtschaft wird Kinderarbeit nicht von heute auf morgen völlig verbannen. Deshalb wollen wir mehr tun und den heute zwangsweise arbeitenden Kindern möglichst schnell und direkt helfen! Dafür wollen wir mit Unterstützung der GEW-Stiftung „Fair Childhood“ und in Kooperation mit renommierten Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften vor Ort aktiv werden, zum Beispiel in Indien.

Im Beitrag „Wie aus ‚Arbeitstieren‘ Kinder werden“ schildern wir, wie Tausende Mädchen und Jungen unter verheerenden Bedingungen in den Baumwollplantagen arbeiten. Nach und nach einige Hundert dieser Kinder aus ihrer Knechtschaft zu befreien, sie in sogenannten Brückenschulen auf den regulären Schulbesuch vorzubereiten, sie an den täglichen Schulmahlzeiten teilnehmen zu lassen – das ist das erste Etappenziel der Stiftung. Doch das schaffen wir nur gemeinsam mit Dir, liebes GEW-Mitglied! Solche Hilfsprojekte kann die GEW nur aus Spenden finanzieren. Und deshalb bitte ich Dich: Solidarisiere Dich mit den Kindern unseres Projektes! Hilf mit Deiner Spende, dass wir Kinder aus Kinderarbeit herausholen und ihnen eine Zukunft geben können. Der Weg dorthin beginnt mit dem, was für uns selbstverständlich ist, für diese Kinder jedoch bisher nur ein Kindheitstraum: mit dem Besuch einer Schule.

Bitte nutze für Deine Spende den beiliegenden Überweisungsträger in diesem Heft oder besuche die Website der Stiftung: www.fair-childhood.eu. Dort kannst Du bequem und sicher online spenden.

Ich danke Dir von ganzem Herzen!
Dein Ulrich Thöne

Fair Childhood
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit
Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 700 205 00
Konto-Nr. 9 840 000
Ein Überweisungsträger liegt dieser Broschüre bei.

Ulrich Thöne,
Vorstandsmitglied Fair Childhood,
Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)

Unsere Anschriften

GEW Baden-Württemberg

Silcherstraße 7
70176 Stuttgart
Telefon: 0711/21030-0
Telefax: 0711/2103045
info@gew-bw.de
www.gew-bw.de

GEW Bayern

Schwanthalerstraße 64
80336 München
Telefon: 089/544081-0
Telefax: 089/5389487
info@gew-bayern.de
www.gew-bayern.de

GEW Berlin

Ahornstraße 5
10787 Berlin
Telefon: 030/219993-0
Telefax: 030/219993-50
info@gew-berlin.de
www.gew-berlin.de

GEW Brandenburg

Alleestraße 6a
14469 Potsdam
Telefon: 0331/27184-0
Telefax: 0331/27184-30
info@gew-brandenburg.de
www.gew-brandenburg.de

GEW Bremen

Löningstraße 35
28195 Bremen
Telefon: 0421/33764-0
Telefax: 0421/33764-30
info@gew-hb.de
www.gew-bremen.de

GEW Hamburg

Rothenbaumchaussee 15
20148 Hamburg
Telefon: 040/414633-0
Telefax: 040/440877
info@gew-hamburg.de
www.gew-hamburg.de

GEW Hessen

Zimmerweg 12
60325 Frankfurt
Telefon: 069/971293-0
Telefax: 069/971293-93
info@gew-hessen.de
www.gew-hessen.de

GEW Mecklenburg-Vorpommern

Lübecker Straße 265a
19059 Schwerin
Telefon: 0385/485270
Telefax: 0385/4852724
landesverband@gew-mvp.de
www.gew-mv.de

GEW Niedersachsen

Berliner Allee 16
30175 Hannover
Telefon: 0511/33804-0
Telefax: 0511/33804-46
email@gew-nds.de
www.gew-nds.de

GEW Nordrhein-Westfalen

Nünningstraße 11
45141 Essen
Telefon: 0201/294030-1
Telefax: 0201/29403-51
info@gew-nrw.de
www.gew-nrw.de

GEW Rheinland-Pfalz

Neubrunnenstraße 8
55116 Mainz
Telefon: 06131/28988-0
Telefax: 06131/28988-80
gew@gew-rlp.de
www.gew-rlp.de

GEW Saarland

Mainzer Straße 84
66121 Saarbrücken
Telefon: 0681/66830-0
Telefax: 0681/66830-17
info@gew-saarland.de
www.gew-saarland.de

GEW Sachsen

Nonnenstraße 58
04229 Leipzig
Telefon: 0341/4947404
Telefax: 0341/4947406
gew-sachsen@t-online.de
www.gew-sachsen.de

GEW Sachsen-Anhalt

Markgrafenstraße 6
39114 Magdeburg
Telefon: 0391/73554-0
Telefax: 0391/7313405
info@gew-lsa.de
www.gew-lsa.de

GEW Schleswig-Holstein

Legienstraße 22–24
24103 Kiel
Telefon: 0431/5195-1550
Telefax: 0431/5195-1555
info@gew-sh.de
www.gew-sh.de

GEW Thüringen

Heinrich-Mann-Straße 22
99096 Erfurt
Telefon: 0361/59095-0
Telefax: 0361/59095-60
info@gew-thuringen.de
www.gew-thuringen.de

GEW-Hauptvorstand

Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt
Telefon: 069/78973-0
Telefax: 069/78973-201
info@gew.de
www.gew.de

GEW-Hauptvorstand

Parlamentarisches
Verbindungsbüro Berlin,
Wallstraße 65
Telefon: 030/235014-0
Telefax: 030/235014-10
parlamentsbuero@gew.de

Die GEW im Internet: www.gew.de



Weltweit gibt es zirka 215 Mio. Kinder im Alter zwischen fünf und 15 Jahren – fast jedes fünfte Kind dieser Altersgruppe –, die für ihre und die Existenzsicherung ihrer Familien arbeiten müssen.

Weltweit werden 6,2 Mio. Kinder in Sklaven- oder Zwangsarbeit geknechtet.

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 700 205 00, Konto-Nr. 9 840 000



Rund 115 Millionen Kinder riskieren laut Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in „gefährlichen Beschäftigungsverhältnissen“ Gesundheit und Leben.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!